

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittage jedes Werktages. Abonnementspreis mit illustr. Beilage „Volk u. Zeit“ drei Mark für die Woche vom 17. bis 23. Febr. 45 Goldpf. Einzelverkaufspreis: 10 Goldpfennige.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Fernruf { 905 nur Redaktion, 926 nur Geschäftsstelle.

Anzeigengebühr für die achtpfeilerige Zeile über deren Raum 20 Goldpfennige, auswärtige 25 Goldpf., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Goldpfennige, Reklamen 80 Goldpfennige.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Fernruf { 926 nur Geschäftsstelle, 905 nur Redaktion.

Lübecker Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 44.

Donnerstag, 21. Februar 1924.

31. Jahrgang.

Für das Volk!

S. P. D. Berlin, 20. Februar.

Der gegenwärtige Reichstag sollte schon in den vorausgegangenen Monaten wiederholt sterben, ohne daß der Tod bisher eingetreten wäre. Es scheint, daß auch die neueste Ankündigung seines Begräbnisses wiederum verfrüht ist und seine Lebensdauer noch auf eine längere Zeit ausgedehnt wird. Damit wollen wir nicht sagen, daß die Möglichkeit eines drohenden Konfliktes zwischen Reichstag und Regierung bisher vollkommen ausgeschlossen ist. Immerhin aber ist der überleitete Beschlußfassung des Kabinetts schon am Mittwoch eine nüchterne Ueberlegung auch in Regierungskreisen gefolgt. Allem Anschein nach sieht jetzt auch das Kabinett ein, daß eine Expressepolitik gegenüber dem Reichstag an unserem Volke ebenso wenig nützt wie eine Expressepolitik des Reichstages gegenüber der Regierung. Tatsächlich ist ja auch die Auffassung der Regierung Marx keineswegs stichhaltig, denn außer den Kommunisten, den Deutschnationalen und Deutschvölkischen dürfte niemand daran denken, die inzwischen begonnene Stabilisierung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse auch nur im geringsten durch irgendwelche politischen Auseinandersetzungen zu gefährden. Besonders beabsichtigt die Sozialdemokratie nicht, die Aufhebung von Verordnungen ohne weiteres zu beantragen, deren Erledigung geradezu mit der begonnenen Konsolidierung unseres Wirtschaftslebens steht und fällt. Aber es hieße einen großen Grad von Selbstverleugnung an den Tag legen, wenn diejenigen Parteien, die gerade aus Interesse an der Stabilisierung in einzelnen Paragraphen der Verordnung eine Gefahr erblicken, jetzt nicht auch den Mut fänden, das offen zu sagen und entsprechende Entwürfe zu stellen. Jedenfalls bedankt sich die Sozialdemokratie für die Zumutung einer derartigen Taktik. Sie hat getreu ihrer Auffassung deshalb die notwendigen Entwürfe im Reichstag bereits eingebracht. Schleicht sich das Parlament ihrer Auffassung nicht an, dann können wir das parlamentarisch nicht ändern und werden uns als demokratische Partei damit vorläufig abfinden müssen. Immerhin aber haben wir dann wenigstens unsere Pflicht auch im Parlament nach bestem Wissen und Gewissen getan.

Wiso nicht das Gefühl, sinnlose Konflikte herbeizuführen, veranlaßt die sozialdemokratische Fraktion, ihre Entwürfe einzubringen, sondern lediglich die gleiche Absicht, von der die Regierung ausging. Wir wollen, daß die Stabilisierung nicht nur noch auf kurze Zeit anhält, sondern fort dauert, bis an Stelle der Rentenmark die Goldmark und damit hoffentlich die endgültige Stabilisierung kommt und deshalb betrachten wir es als unsere Pflicht, jene Mängel in den von der Regierung erlassenen Verordnungen zu beheben, in denen wir eine Gefahr für die eingeleitete Konsolidierung erblicken. Anderes Erachtens ist die Regierung nicht so unfehlbar, wenn sie sich auch den Anschein gibt, und besitzt über die Klugheit, Geschicklichkeit und die sonstigen Eigenschaften, die man von einer Regierung im allgemeinen voraussetzen sollte, kein Monopol. Wir halten sie für ebenso fehlerhaft wie alle anderen menschlichen Geschöpfe dieser Erde. Daß sie Fehler gemacht hat und nicht restlos den Interessen der Bevölkerung Rechnung trug, ergibt sich aus dem Sturm, der sich gegen ihre Verordnungen richtete und der zweifellos bezeugt, selbst wenn man alle Momente privatkapitalistischer und persönlicher Natur dabei ausschaltet. Diese Mängel so gut als möglich zu beheben, ist Pflicht des Reichstages — auch gegen die jetzige Regierung. Dabei gestehen wir ganz offen, daß wir im Augenblick gar kein Interesse an dem Sturz des Kabinetts Marx haben. Nicht nur, weil wir zurzeit keine Möglichkeit sehen, an ihre Stelle bei der gegenwärtigen Zusammenfassung des Reichstages etwas anderes zu setzen, sondern auch aus Gründen der bevorstehenden Wahlen. Aber trotzdem hat sich die Sozialdemokratie keinen Augenblick abhalten lassen, die von ihr für not-

wendig erachtete Aktion zugunsten der darbedenden Massen einzuleiten!

(Wir werden die von der Sozialdemokratischen Partei beschlossenen Entwürfe morgen veröffentlichen. Red.)

Reichstag.

Berlin, 20. Februar 1924.

Präsident Loebke eröffnet die Sitzung mit einem Nachruf auf den verstorbenen Direktor des Reichstages, Geheimrat Kungheim. Ein kommunistischer Antrag, sofort in eine politische Aussprache einzutreten, leitete am Widerpruch der Rechten. Abg. Müller-Franken (Soz.) erklärt, daß im Neuestenausdruck Einigkeit mit der Regierung darüber bestand, in den ersten Tagen der nächsten Woche eine große politische Aussprache über die Wirkungen des Ermächtigungsgesetzes und innen- und außenpolitische Fragen vorzunehmen.

Rechtschukwörter mit Österreich, die in allen drei Lesungen einstimmig angenommen wurden, geben dem Reichsaussenminister Dr. Stresemann Gelegenheit, dem Stammerwanden Österreich den wärmsten Dank auszusprechen für die Teilnahme und tatkräftige Unterstützung. Die Entwürfe sollen zur weiteren Förderung der Beziehungen dienen, die uns mit dem befreundeten Nachbarstaat verbinden und die demnachst auch in einem deutsch-österreichischen Handelsvertrag ihren Ausdruck finden werden.

Zur Beratung kommen dann Interpellationen des Zentrums und der Demokraten über die separatistische Gewalttätigkeit in der Pfalz; in Verbindung damit ein deutschnationaler Antrag, der das Hochverratsverfahren gegen die Separatisten verlangt.

Hoffmann-Ludwigshafen (Zentr.): Wir Wähler haben schreckliche Monate hinter uns. Die Pfalzfrage hängt eng zusammen mit der rheinischen Frage. In den letzten schweren Monaten hat uns Wählern die nationalpolitische Meuterei in München schwer gekostet. (Hört, hört!) Dem rechtsrheinischen Bayern mühen wir drin und raun, eine kluge und zurückhaltende Politik zu treiben. Diese Mahnung gilt besonders den jüngeren muskolinierenden Elementen. Ohne Rahr wäre ein Fall Hoffmann-Kaiserslautern, ein Fall Heins-Orbis nicht möglich gewesen. (D. Red.) Ich kann bezeugen, daß Kollege Hoffmann-Kaiserslautern nicht an eine Trennung der Pfalz vom Reich gedacht hat; aber die Franzosen spannten ihre Netze so geschickt, daß ihnen die Leute ins Garn gingen. Die Politik des Herrn v. Kahr hatte leider die Wirkung, daß die Sozialdemokraten, die zuerst tapfer in der pfälzischen Einheitsfront standen, lange Zeit Gewehr bei Fuß standen. Dann kamen mit französischer Hilfe die Separatisten. Von diesen Helfen hat im Durchschnitt jeder 20 Mark Strafe, einer hat es sogar auf 35 gebracht. Zum Glück ist die Pfalz viel von ausländischen Journalisten besucht worden. Wir können hier von einer internationalen Offensive der Wahrheit sprechen. (Beifall.) Wenn es jetzt mit der separatistischen Wirtschaft in der Pfalz zu Ende ist, so ist das der Sieg des Rechts über die Macht.

Abg. Koraal (Dem.): Die separatistischen Banden in der Pfalz waren bewaffnet von den Franzosen, wurden verpflegt in französischen Kantinen und befördert in französischen Regiments. Bei der separatistischen Offensive handelte es sich um einen unteren Bruch aller Verträge gegen eine wehrlose Bevölkerung unternehmenen neuen Krieg, geführt durch den Wilscham der Menschheit. Von den mir bekannten Separatisten ist keiner mit weniger als einem Jahr Zuchthaus bestraft. Wenn die Pfalz gehalten worden ist, so verdanken wir das nicht dem Münchener 9. November, sondern dem Selbstverleugungsformer der Pfalz, der Demokratie im besten Sinne des Wortes. Die deutsche Einheit ist nur zu erhalten durch die demokratische Republik.

Abg. Schulz-Bromberg (Dn.) beirundet kurz den Antrag seiner Fraktion auf Erlass eines Gesetzes mit folgenden Hauptbestimmungen: 1. Für das Verbrechen des Hochverrats im besetzten Gebiet wird die Todesstrafe festgesetzt. 2. Das Reichsgericht ist auch in Abwesenheit des Beschuldigten zur Aburteilung dieses Hochverrats berufen. 3. Als abwesend gilt ein Beschuldigter in diesem Falle auch dann, wenn er sich im besetzten Gebiet aufhält und seine Gefangenschaft vor das Gericht nicht ausführbar ist. 4. Die Reichsjustizverwaltung ist gehalten, sofort das Verfahren gegen diese Hochverräter einzuleiten.

Gegen 6 Uhr verläßt sich der Reichstag auf Donnerstag 2 Uhr nachmittags

Macdonald und der Völkerbund.

London, 19. Februar.

Ramsay Macdonald empfing heute eine Abordnung der Liga für Völkerbund, darunter Viscount Cecil und Professor Gilbert Murray. Murray führte in einer Ansprache aus, ohne die Mitwirkung Deutschlands sei das gesamte Werk des Völkerbundes, um das wenigste zu sagen, den nachteiligsten Verdächtigungen ausgesetzt. Macdonald sagte in seiner Antwort u. a.: Wir können weder hinsichtlich der Frage des Völkerbundes noch hinsichtlich irgendeiner anderen Frage in überleiteter Weise Ergebnisse erzielen. Unsere gemeinsame Auffassung ist, daß die Frage des Völkerbundes mit den übrigen Fragen unserer nationalen Politik in Übereinstimmung gebracht werden muß.

Der englische Doctarbeiterstreik.

S.P.D. London, 20. Februar. (Eig. Draht.)

Am Mittwoch hat sich im Doctarbeiterstreik eine günstige Entwicklung angebahnt. Im Verlaufe der Schiedsgerichtsverhandlungen erklärten die Unternehmer, ihre Salärna erneut überprü-

fen zu wollen. Auf Grund dessen verzogte sich das Schiedsgericht auf Donnerstag. Es bestehen günstige Aussichten auf direkte Unterhandlungen zwischen Arbeitern und Unternehmern. Der Streik ist mitgeteilt worden, daß noch am Mittwochabend ein neues Angebot der Unternehmer an die Arbeiter erfolgen soll. Trotzdem hat das Kabinett alle Maßnahmen für die Fortführung der Lebensmittelförderung getroffen und erhebliche Verschärfungen der gegen die Bemerkung der Bevölkerung gerichteten Bucherverordnungen beschlossen.

Die Börse wartet.

Berlin, 21. Januar.

Die Börse verharret in ihrer Zurückhaltung. Auf den Effektenmärkten war heute bei außerordentlich hüllem Geschäft die Tendenz vorwiegend schwächer. Die heranahende Entscheidung in der Reparationsfrage beeinträchtigt die Unternehmungslust außerordentlich. Am Geldmarkt ist keine nennenswerte Veränderung eingetreten. In der Berliner Börse wurde heute das englische Pfund mit 103 französischen Franken und darüber besetzt.

Die Mecklenburger Wahlen.

Dr. L. Lübeck, 21. Februar.

Eine Woche nach der Lübecker Bürgerstimmwahl waren in Mecklenburg Landtagswahlen. Erst das Mecklenburger Ergebnis gibt die Möglichkeit, die politische Entwicklung in unserem Staat vollig zu beurteilen.

Allerdings bleibt für Lübeck die sogenannte „unpolitische“ Liste der Hausbesitzer immer noch ein unsicheres Element. Wie viele Arbeiterstimmen zu dieser Liste abgesplittert sind, entzieht sich jeder Schätzung. Jedenfalls darf sich das Bürgertum diese 8000 Stimmen nicht restlos zuzählen, wenn auch die gewählten Vertreter nur bürgerliche Politik machen werden. Eine klare Scheidung wird und kann also erst die Reichstagswahl bringen.

Die bürgerliche Presse jubelte nach der Bürgerstimmwahl einen Tag lang in hellen Tönen. Schon am zweiten Tag aber verfluchte sie sich. Und nach dem Mecklenburger Ergebnis da nichten sich von allem Anfang an Töne des Zweifels in die Fanfarenklänge: In Lübeck ganz besonders war es merkwürdig still.

Denn — alle bürgerlichen Diagnosen über die Folge der sozialdemokratischen Politik in unserer Bürgerschaft brachen jämmerlich zusammen. Mecklenburgs Sozialdemokratie hatte sich wesentlich „gemäßigt“ eingestellt als die Lübecker. Der Genosse Stelling, der in der bürgerlichen Wahlpropaganda zum Volksentscheid und zur Bürgerstimmwahl solch große Rolle gespielt, regierte in Mecklenburg zwei Jahre lang an der Spitze einer Koalitionsregierung, die weiß Gott dem Bürgertum nicht wehe tat.

Und nun der Vergleich? In Lübeck verlor die Sozialdemokratische Partei seit 1921 nicht ganz 20 Prozent ihrer Stimmenzahl, in Mecklenburg 50 Prozent. In Lübeck gewannen die Kommunisten 1921 rund 80 Prozent, in Mecklenburg fast 200 Prozent. In Lübeck hielt die gesamte Linke ihren Stimmenbestand beinahe aufrecht. In Mecklenburg verlor die Linke etwa 25 Prozent ihrer Stimmenzahl.

Diese Zahlen beweisen, daß die Sozialdemokratische Partei in Lübeck sich ehrenvoll geschlagen und gehalten hat. Sie beweisen ferner, daß eine Partei sich immer dann am besten stellt, wenn sie ihre politische Linie konsequent durchführt. Und daß jedes Wursteln und schwächliche Partieren zur inneren Katastrophe führt.

Wer im Mecklenburger Wahlkampf mitgewirkt hat, der mußte eine Beobachtung machen, die noch viel bedeutsamer stimmt, als der Stimmenrückgang: die mecklenburgische Arbeiterbewegung ist den Händen der Sozialdemokratischen Partei entglitten. Die Kommunisten haben die Führung, lauernde Stimmen aus aller Anhänglichkeit noch für die alte Sozialdemokratie. Die Triebkraft für das innere Leben des proletarischen Freiheitskampfes in Mecklenburg aber ist verblasst.

Das ist der tiefste Unterschied zwischen Lübecks und Mecklenburgs Sozialdemokratie. In Lübeck ist heute die Arbeiterbewegung so sozialdemokratisch als jemals; sie steht und fällt mit Bremen, die auf der sozialdemokratischen Wahlliste standen. In Mecklenburg ist die Bewegung völlig verwirrt. Führende Namen fehlten im Wahlkampf völlig; das kommunistische Geschrei hauptsächlich jugendlicher Arbeiter beherrschte die Stimmung.

Das bedeutet naturgemäß, daß die Arbeiterbewegung in Mecklenburg zurzeit ohnmächtig, beinahe tot ist. Die Sozialdemokratische Partei wird jahrelang kämpfen müssen, um den nötigen Untergrund wiederzufinden, bevor sie ihre staatspolitische Arbeit wieder mit Erfolg aufnehmen kann. Die Lübecker Sozialdemokratie aber steht ungebrochen, einig, kampfbereit. Sie ist die Arbeiterpartei; sie wird deshalb nach wie vor der Wahl die führende Partei sein trotz des Mandatsverlustes. Schon die nächsten Monate werden lehren, und sie werden besonders den Senat davon überzeugen, daß der sozialdemokratische Einfluß auch in der neuen Bürgerschaft bestimmend sein wird, gleichgültig, ob die Sozialdemokratie „bewilligt“, oder ob sie Opposition macht.

Die kommenden Jahre werden durch die Tatsachen beweisen, daß die Sozialdemokratische Partei in Lübeck beinahe instinktmäßig in den letzten Monaten den richtigen, den einzig richtigen Weg gegangen ist.

Nichts ändert an dieser Tatsache das wüste Geschrei und Geschimpfe der gesamten bürgerlichen Presse. Denn gerade der Mecklenburger Wahlkampf war es, der wie mit Blitzlicht die ganze schamlose Heuchelei der bürgerlichen Propaganda enthüllte.

Man höre und staune: In Mecklenburg war es auf einmal der in Lübeck so sehr gerühmte und gelobte Stelling, der eine rote Parteidiktatur errichtet haben sollte, der ohne Kenntnis der norddeutschen Volkssprache Futterkippenwirtschaft trieb und den Staat durch eine ungeheure Mißwirtschaft in den roten Sumpf geführt haben sollte. Die bürgerliche Presse brachte geradezu unflätige persönliche Anpöbelungen gegen Stelling und seine Mitarbeiter; die Zeitungen brachten geschmacklose und widerliche Karikaturen, berechnete auf die niedrigsten Instinkte der Fauler.

Vielleicht studiert auch einmal der General-Anzeiger die Kampfesweise seiner Rostocker Kollegin gegen den „alten bewährten und geachteten Genossen“ Stelling.

Ein Führer der Deutschen Volkspartei verkündigte in Schwerin den Satz: „Wenn das Bürgertum die Mehrheit bekommt, so muß es auch seine Macht ausüben. Die Macht zu besitzen ohne sie anzuwenden, ist ein Zeichen moralischer Schwäche. Koalitionen mit der Sozialdemokratie können nur vorübergehende Notbehelfe sein.“

Wir haben gegen diese Auffassung nichts einzuwenden. Aber die Frage wird man uns gestatten: Was hatten denn die füz-

terlichen Angriffe auf die Sozialdemokraten gerade in Lübeck für einen Sinn? Wollten wir denn etwas anderes, als diese von der Volkspartei verlangte Politik? Wir wollten die Macht, die uns zukommt, auch in der Tat ausüben. Und wird werden von diesem Grundsatze niemals abgehen.

In Lübeck ebenso wie in Mecklenburg war es gerade die Volkspartei, die die allertraurigste Rolle spielte. Bei jeder Gelegenheit gab sie sich als staatszerstörerische Partei der Mitte aus; bei jeder Gelegenheit aber fehlte ihr der moralische Mut zur Konsequenz. Sie hat alle Fehler wiederholt, die die Demokraten seit 1920 machen. Und sie hat deshalb einen ähnlichen moralischen Niederrück erlebt, wie die Demokraten. Die Volkspartei hat in Mecklenburg 60 Prozent ihrer Stimmen eingebüßt; und es wäre ihr in Lübeck nicht besser ergangen, hätte sie sich nicht unter die Fittiche des deutschnationalen Truthahns geflüchtet.

Die historische Aufgabe der Volkspartei wäre es gewesen, für den gegenwärtigen Staat zu kämpfen. Statt dessen machte sie in scharfer Konkurrenz mit den Deutschnationalen in Schlagworten gegen den Staat, und gegen die Sozialdemokratie. Der Erfolg ist katastrophal. Sie ist damit eine grauenerregende Verwirrung im gesamten bürgerlichen Lager, besorgte die Geschäfte der Deutschnationalen und jagte das gesamte bürgerliche Mittelsbürgertum in das wüste Meer.

Es war in Lübeck nicht anders als in Mecklenburg. Statt gegen die Feinde des Staates rechts und links zu kämpfen, verloren sich die Führer der Volkspartei, allen voran Rechtsanwalt Gwers, in Don Quixotereien gegen die Sozialdemokratie. Aus irgend welcher verletzten Eitelkeit!

Die Entwicklung wird zeigen, daß sie sich damit selbst die Voraussetzung, Führer im staatsbejahenden Bürgertum zu sein, verlohren haben. Die deutschnationale Bewegung wird weite Kreise im Bürgertum zwingen, zwischen dem Schlagwort und dem gesunden Menschenverstand zu wählen. Die völkische Bewegung ist zurzeit das hervorstechendste Merkmal der staatlichen Entwicklung; sie wird das Scheidewasser der bürgerlichen Parteien sein.

Wir werden uns deshalb in einem weiteren Artikel ausführlich mit der völkischen Bewegung beschäftigen.

Abbau der Schwerbeschädigten?

Der Sparauschuß des Reichstages beschäftigte sich am Mittwoch mit dem Abbau der Schwerbeschädigten. Von verschiedenen Seiten wurde Klage geführt, daß die Schwerbeschädigten noch immer nicht die notwendige Rücksichtnahme bei den Behörden finden. Es wurde u. a. festgestellt, daß ein Rundschreiben des Reichsfinanzministeriums, das einen geringeren Abbau der Schwerbeschädigten bei den einzelnen Behörden vorschlug, nicht die nötige Beachtung gefunden hat und vom Reichsverkehrsministerium sogar erst nach Wochen weitergegeben worden ist. Die Sozialdemokraten stellten deshalb den Antrag, den Abbau der Schwerbeschädigten zu beschleunigen, Angehörige und Arbeiter überhaupt einzustellen und Ausnahmen nur mit Genehmigung des Sparauschusses zu gestatten. Auf Antrag der Regierung wurde die Resolution dieses Antrages bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt. Die Regierung kündigte die Einreichung von vier Gesetzentwürfen bei den einzelnen Behörden an, die dem Ausweis abgehoben, besonders qualifizierter Arbeiter bei den einzelnen Dienststellen dienen sollen. Der Sparauschuß beschloß, über die Entlassung von Kriegserwitzen mit verletzten Kindern im Bereich der Reichswehrverwaltung eine Nachprüfung an Ort und Stelle vorzunehmen.

Der Riß in der Zentrumspartei.

Aus dem Ruhrgebiet wird uns geschrieben: Das Zentrum wird bei den kommenden Reichstagswahlen einen sehr schweren Stand haben. In den ärztlichen Gewerkschaften des Ruhrgebietes gibt es schon seit geraumer Zeit, besonders seit Abbruch des letzten Widerstandes. Erst in den letzten Tagen wurden wieder verschiedene Entschlüsseungen der ärztlichen Arbeiter bekannt, die sich gegen die unternahmerfreundliche Politik des Reichsarbeitsministers wenden. Was die ärztlichen Arbeiter aber besonders schmerzt, ist vor allem die Verlagerung der Frage des Arbeitslohnentages. Aus dieser erregten Stimmung heraus ist die „Arztlich-sozialistische Volksgemeinschaft“, das neue Parteigebilde der ärztlichen Arbeiter gegen den rechten Flügel der Zentrumspartei entstanden. Eine am 10. Februar in Essen stattgefundene große Kundgebung hat gezeigt, daß die neue Partei der ärztlichen Arbeiter dem Zentrum sehr gefährlich werden kann und daß sie bis zu den nächsten Wahlen schon eine ansehnliche Gefolgschaft hinter sich haben dürfte. In dem zweimal wöchentlich in Dortmund erscheinenden Organ der neuen Partei wird die arbeitnehmerfreundliche Politik des Zentrums besonders scharf gebrandmarkt. Wie breit der Riß bereits läuft, zeigt ein Leitartikel, in dem es u. a. heißt:

„Was haben die katholischen Arbeiter im Zentrum erreicht in ihrem Streben um politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Höherwertung? Man komme doch da nicht immer mit den alten, abgelebten Agitationsphrasen von der sozialen Fürsorgefähigkeit, die durch das Zentrum geleistet worden sei, und besinne dann aber bittend und offen, ob nicht irgendwo besondere Abzügen damit ausblaggebend waren. Jedenfalls dürfen wir mit Zug und Nach besagen, daß selbst heute noch im Zentrum der Arbeiter mehr eine Staffage ist, die man notwendig braucht, als etwa volles, gleichberechtigtes Glied. Im Übrigen verbleibe wie eine andere „Belehrung“ als wie sie mancherorts üblich zu sein scheint, wo man den Mitgliedern erklärt: „Armut ist ein Geschenk Gottes!“ „Solte und die Armer im Geste!“ „Solche „Belehrung“ ist alles andere als angepaßt in einer Zeit, in der das schaffende Volk vor Elend nicht ein noch aus weiß.“

Das völkische Programm des Gewerkschafts-ärztlichen Bergarbeiter gegen den Reichsarbeitsminister wegen seiner Stellungnahme in der Frage des Lohnabbaues und der Schichtverlängerung zeigt ebenfalls, wie groß der Riß im Zentrum bereits geworden ist. Der Gewerkschafts-ärztliche Bergarbeiter hat die Verbindlichkeit des Schichtprinzips verworfen und befehlet dem Reichsarbeitsminister, daß es seine Pflicht sei, „in sozialer Gerechtigkeit zu wirken und eine zu weitgehende Ausbeutung der im Augenblick wirtschaftlich schwachen Bergarbeiter zu verhindern.“ Unter der Überschrift „Die Willkürherrschaft im Ruhrbergbau“ heißt es: „Der ärztliche Bergarbeiter“ in diesem Zusammenhang:

„Auf den Rücken herrscht das Schmarotzertum wie selten zuvor. Die Brutalität der Unternehmer nimmt immer größere Formen an. Der hungrige Bergmann wird wie ein Hund behandelt. Die verdorbene Kollage wird zu expressiver Ausbeutung der Bergleute ausgenutzt. Wer gegen die Willkürherrschaft protestiert, wird brutal auf die Straße geworfen. So können die Dinge nicht weitergehen.“

Was die Forderung des Gewerkschafts-ärztlichen Bergarbeiter gegen den Reichsarbeitsminister zeigen, ist eben auch den Christlichen allmählich zu viel. Vor drei Tagen beispielsweise der Hülsemer Bergarbeiterverein (siehe Spalten 1) hat nicht gelächelt, den Invaliden und Witwen des Berges, die bislang Hausbrandkosten bezogen, einfach die Kohle zu entziehen. Das ist der Punkt für die operativ-wichtige Teilnahme der Bergarbeiter am Wiederaufbau des zusammengebrochenen Vaterlandes. Der durch die Brutalität der Unternehmer erzeugte Schmutz unter dem Bergarbeiter hat die „Christlich-sozialistische Volksgemeinschaft“ nun gegen das Zentrum

Rechnung zu tragen. In ihrem Programm wird ein entschiedenes Bekenntnis zur demokratisch-republikanischen Staatsverfassung abgelegt. Auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik wird grundsätzlich der Abbau der liberal-kapitalistischen Wirtschaftsordnung und Ueberführung der Produktion auf das Genossenschaftsprinzip gefordert. Weitere Forderungen sind: Sicherung des Koalitionsrechtes, ausreichender Arbeiterschutz, Sicherstellung eines unbedingten ausreichenden Einkommens, die Durchführung einer gerechten Steuerreform, entscheidende Mitwirkung von Laienrichtern unter Ablehnung jeglicher Klassenjustiz und tatkräftiges Eintreten für allgemeine Völkerverständigung im Geiste des christlichen Solidarismus.

Wie Arbeiter bestraft werden!

SPD. Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag folgende Interpellation eingebracht:

In Dramburg (Vommern) hatte in der Nacht zum 24. Juni 1923 ein Zusammenstoß zwischen bewaffnetem Kunglurm auf der einen, Arbeitern auf der anderen Seite stattgefunden. Gegen die durch das herausfordernde Auftreten des Kunglurm provozierten Arbeiter begann am 26. Januar d. R. die Hauptverhandlung vor der Strafkammer in Starnberg, die infolge der Verurteilung vom 17. Dezember 1923 statt des Schwurgerichts statt wurde, und endete mit einem Urteil, durch das wegen Landfriedensbruchs zwei Mannsleute zu Zuchthausstrafen von je zwei Jahren, zwei andere zu Gefängnisstrafen von je einjährig sechs Monaten, einer zu einjähriger Gefängnisstrafe, sieben weitere, darunter drei Frauen, zu Gefängnisstrafen von vier bis zu neun Monaten, die vier Gefangenen außerdem zu mehrjähriger Sozialstrafe verurteilt wurden. Das Urteil ging zum Teil über die Forderungen der Sozialdemokratie noch hinaus. In der pommerellen Arbeiterzeitung hat die Härte dieses Urteils heftigen Unwillen hervorgerufen. Der Verstoß mit der rechtsradikalen Kreise gegenüber dieser gestiegenen Zurückhaltung erscheint unabweislich. Rechtsmittel gegen das Urteil sind nach der Verordnung vom 17. Dezember 1923 nicht gegeben.

Ist die Reichsregierung bereit, darauf hinzuwirken, daß im Gnadenwege die erkannten Strafen mit der Billigkeit in Einklang gesetzt werden?

Zerlegung der kommunistischen Gewerkschaften.

Bochum, 20. Februar.

Ein Originalschreiben der kommunistischen Bezirksleitung für das rheinisch-westfälische Industriegebiet, sowie Schriftstücke der Union für Hand- und Konfabriarbeiter, die unserer Partei in die Hände fielen, geben bemerkenswerte Aufschlüsse für die Zerlegungsmaßnahmen bei der Union. In dem Rundschreiben teilt die kommunistische Bezirksleitung mit, daß infolge der Verlagerung der Mitglieder der Union-Zentrale, mit den Vertretern der roten Gewerkschaften-Internationale zu tun, der kommunistischen Reichsleitung zuzuschicken hat, die Zentrale der Union im Ruhrgebiet aufzulösen und von Grund auf zu reorganisieren. Die Hauptursache der Differenzen zwischen der Bezirksleitung der Union und Zentrale der SPD liegt in der Diktatur der kommunistischen Leitung in allen lokalen Kreisen, die zu offener Auflehnung der unionistischen Gewerkschaftsämter geführt hat. Von der SPD wird gegen die Angehörigen der Union der Vorwurf erhoben, mit Propagandaarbeiten, und zwar 450 Dollar im Monat Oktober und 200 Dollar im Monat November, die zum Druck von Flugblättern und Zeitungen verwendet werden sollten. Nicht nur zu ziehen zu haben. Ebenso wird von den Kommunisten den Unionisten vorgeworfen, während und nach der Aufhebung in unverantwortlicher Bosheit verharren zu haben. Die unionistische Leitung rechtfertigt sich mit der Erklärung, daß die kommunistische Bezirksleitung Ende Oktober vollkommene Unfähigkeit von ihr verlangt habe, da die SPD-Zentrale der Ueberzeugung gewesen sei, daß sie bis zum 15. November die völkische Bewegung im Ruhrgebiet in Händen hätte. Im Anschluß an diese Erklärung werden von der SPD die leitenden Funktionäre der Union aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen. Die kommunistischen Parteimitglieder werden aufgefordert, den Verstoß dieser Funktionäre, eine Anzahl von Versammlungen einzuberufen und dort eine Entlassung der Union herbeizuführen, mit allen Mitteln aktiv entgegenzutreten.

Die kommunistische Beamtenpartei.

Nur 16 Prozent Arbeiter in der russischen Kommunistenpartei.

In seiner letzten Rede hat Sinowjew interessante Zahlen über die Zusammensetzung der russischen kommunistischen Partei mitgeteilt. Diese Zahlen sind insofern von großem Interesse, als in der Diskussion immer wieder darauf hingewiesen wurde, daß die kommunistische Partei sich mehr und mehr zu einer Beamtenpartei entwickelt habe und daß die Arbeiterpartei nur einen kleinen Teil der Partei bildet. Diese Tatsachen

Der Plan der Sachverständigen.

Paris, 19. Februar.

„Der New York Herald“ gibt folgende genauere Darstellung der Sachverständigen, die den Finanzsachverständigen ihren Bericht aufzugeben gebieten:

1. Eine neue Goldnotenbank, die als einziges deutsches Institut funktionieren, die Rentenmark und die Papiermark abzulösen und über genügende Goldreserven verfügen sowie internationaler Kontrolle unterliegen solle. Die Bank werde die Goldreserven der Reichsbank und das in Deutschland noch ausstehende Kapital übernehmen. Hinzukommen solle ausländisches Kapital. Nach Ansicht der Sachverständigen sei die Emission der künftigen Goldnotenbank eines der gewinnbringendsten Geschäfte, die je verwirklicht wurden. Diese Auffassung habe ihren Grund in der bestehenden Nachfrage nach neuer Währung in Deutschland.

2. Ein deutsches Budget, das auf Goldgrundlage hinsichtlich der ordentlichen Ausgaben absolut ausgeglichen sei, gleichzeitig aber voraussetze, das das Ruhrgebiet wirtschaftlich wieder Deutschland einverleibt wird. Daneben soll ein dreijähriges Moratorium für Reparationszahlungen vorgeschlagen werden.

3. Eine internationale Anleihe als weiteren Stabilisierungsfaktor, zu garantieren durch die deutschen Eisenbahnen. Ein Teil der Anleihe soll für den sofortigen Bedarf der Länder Verwendung finden, die, wie Frankreich, in nächster Zeit von gewissen deutschen Zahlungen abhängig sein. Der Betrag der Anleihe soll in einem Bericht festgelegt werden, den die Sachverständigen dem Komitee binnen kurzem erstatten würden. Der Betrag werde sich wahrscheinlich in der nächsten Höhe der von der Presse bereits genannten 10 Milliarden Goldmark halten.

Der „New York Herald“ hält es für wenig wahrscheinlich, daß über die grundlegenden Prinzipien unter den Sachverständigen Meinungsverschiedenheiten bestehen. Nach den vorliegenden Anzeichen zu schließen, würden die Sachverständigen empfehlen, daß die wirtschaftliche Kontrolle des Ruhrgebietes an Deutschland zurückgegeben. Die Einzelheiten dieses Planes würden den

Land wird von Sinowjew bestätigt. Es sind in der kommunistischen Partei Rußlands augenblicklich an Mitgliedern vorhanden:

Arbeiter 50 688 = 15,9 Proz. der gesamten Mitgliedschaft, Bauern: 65 498 = 20,7 Proz. der gesamten Mitgliedschaft, Notarissen (Offiziere und höhere Militärbeamte): 50 000 = 16,0 Proz. der gesamten Mitgliedschaft.

Den Rest bilden Angestellte, Beamte und dergleichen, von denen es etwa 200 000 in der Partei gibt.

Sinowjew ist mit dieser Entwicklung nicht unzufrieden und vertritt sogar eine „Theorie“ für die Umbildung einer Arbeiterpartei zu schaffen:

„Wir können uns nicht darauf einlassen, unsere Partei in eine reine Arbeiterpartei, wo die Arbeiter 95 oder 98 Prozent der gesamten Mitglieder ausmachen, zu verwandeln. In unserem Lande, wo die große Mehrheit Bauern sind, kann eine Partei nicht regieren, die in ihren Reihen nur bäuerliche Arbeiter hat. Unsere Partei kann also nicht eine reine Arbeiterpartei sein.“

Ob eine Partei, die so viele fremde Klassenangehörige in ihren Reihen hat, eine Arbeiterpartei treiben kann oder ob nicht bei ihrer Politik starke Einflüsse fremder Klassen immer mehr zum Durchbruch kommen müssen, — auf diese wichtigen Fragen geht Sinowjew nicht ein.

Sinowjew weist ferner auf einen starken Einfluß anderer Parteien hin, von denen viele Mitglieder durch einen „frühen Druck“ der Diktatur sich entschlossen haben, zur kommunistischen Partei überzutreten. Unter den 8828 Funktionären der kommunistischen Partei (die die Partei sowie die gesamte Staatsmaschinerie in Händen haben) sind nicht weniger als 2602 (30 Proz.) Leute, die aus anderen Parteien zur KPD gekommen sind. Sinowjew sagt über diese Leute:

„Diese Partei hat gewisse Traditionen, die die Arbeit unserer Partei auch heute noch erleichtern und die in schwierigen Momenten wieder zum Ausdruck kommen müssen.“

Sinowjew hat hier in erster Linie seinen Kollegen Trotski im Auge, der erst nach der Revolution zur kommunistischen Partei übergetreten und nun in Opposition zum herrschenden Dreimännerkollegium steht.

Rahrs Nachfolger.

SPD. München, 19. Februar. (Eig. Draht.)

Durch eine Verordnung des Gesamtministeriums ist der Ausnahmestand nunmehr auf die Gesamtregierung übergegangen. Die Befugnisse, die der Generalkommissar inne hatte, sind bereits neu verteilt; sie gehen, wie erwartet, auf die einzelnen Regierungspräsidenten über, für Oberbayern also wiederum in die Hände des Herrn v. Rahr, in München, Nürnberg und Fürth in die Hände der Polizeipräsidenten. Die Beauftragten führen den Titel Staatskommissare. Sämtliche Behörden des Reiches, des Landes und der Gemeinden — mit Ausnahme der Gerichte, Staatsanwaltschaften und Militärbehörden — sind verpflichtet, ihren Anordnungen Folge zu leisten. Nach der neuen Verordnung sind die Schutzhaftbefehle schriftlich zu erlassen. Die der Verhaftung zugrunde liegenden Tatsachen sind ausführlich anzugeben. Der Schutzhaftbefehl ist den Verhafteten sofort bei der Verhaftung bekanntzugeben. Der Verhaftete ist spätestens am darauffolgenden Tage von einem ordentlichen Richter darüber zu vernehmen, ob und welche Einwendungen er gegen seine Verhaftung zu erheben hat. Gegen die Verhaftung steht ihm jedoch das Rechtsmittel der Beschwerde zu. Wird die Schutzhaft aufgehoben, so ist dem Geschädigten ein Entschädigungsanspruch zuzuerkennen. Infolge der vorübergehenden Aufhebung der Pressefreiheit können Druckschriften jeder Art zeitweise verboten werden. Im übrigen bleiben die Anordnungen und Verfügungen des Generalkommissars bis auf weiteres bestehen.

Das völkische Ideal.

SPD. Weimar, 19. Februar. (Eig. Draht.)

In der ersten Sitzung des dritten Thüringer Landtages wird neben der Wahl des Landtagspräsidenten auch die Wahl der Regierung vorgenommen werden. Bei der Präsidentenwahl und der Wahl der Regierung wird der völkische Block mit dem Ordnungsbund zusammengehen. Als kommende Minister werden genannt: Dr. Sattler, ein ehemaliger Weimarer Landrat, Dr. Dölle-Sondershausen und Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. Leutheuser-Jena. Die Regierung soll von drei Ministern und vier Staatsräten gebildet werden. Als Staatsräte werden der ehemalige Staatsminister Dr. Bauffe-Weimar, Telf.-Münster und Liebetrau-Gotha genannt. Die völkische Fraktion beteiligt sich nicht an der Regierung, will aber eine Regierung unterstützen, die nur aus deutschen, nicht-marginalistischen Männern besteht, die national ist, sozial handelt und die christliche Religion in Schule und Haus ohne Unterschied des Bekenntnisses unbedingt schützt.

Dr. Schachts Besprechungen.

Paris, 19. Februar.

Ueber die letzte Besprechung Dr. Schachts mit den Sachverständigen schreibt „Matin“, die Sachverständigen schienen grundsätzlich gegen den Vorschlag Dr. Schachts nichts einzuwenden zu haben unter der Bedingung, daß er eine vorläufige Etappe darstelle, und daß die Kreditbank später in der Goldnotenbank aufgehe, die auf Grund ihres eigenen Planes errichtet werden solle.

*

Paris, 20. Februar. (Eig. Draht.)

Der „Temps“ glaubt unter Berufung auf die französischen Sachverständigen entgegen dem größten Teil der Pariser Morgenpresse feststellen zu können, daß von der unmittelbar bevorstehenden Errichtung des vorläufigen deutschen Kreditinstituts durch Reichsbankpräsident Dr. Schacht keine Rede sein könne. Die Nachricht ist unrichtig völlig unzutreffend. Es sei denn, daß der Quai d'Orsay in seiner bisherigen Politik eine neue Schwärzung beabsichtigt und nachträglich Einwendungen erhebt. Dies wäre aussichtslos, weil die Errichtung des vorläufigen Kreditinstituts nicht die geringste Handhabung bietet, die Generalkommissar am Artikel 23 des Versailler Vertrages geltend zu machen, wie das in derartigen Fällen von Paris aus üblich ist.

Reichstagung des Republikanischen Reichsbundes.

Mehr Bekenntnis zur Republik. — Energetischer Kampf gegen die Putschisten. — Die „Republikanten“ der Reichswehr in Sachsen und Thüringen.

(Eigenbericht.)

Kassel, den 17. Februar 1924.

Die dritte Reichskonferenz des deutschen republikanischen Reichsbundes, die am 16. und 17. Februar in Kassel tagte, bedeutete für die republikanische Sache in Deutschland einen vollen Erfolg. Sie war auch ein verheißungsvoller Anfang für die uns bevorstehenden Wahlen. Die wirklich republikanischen Parteien werden in dem Republikanischen Reichsbund einen wirksamen Mitstreiter finden. Die Konferenz leistete in kurzer Zeit bedeutungsvolle Arbeit. Ohne große Debatten wurde das Programm des Bundes festgelegt und ein verbessertes Organisationsstatut angenommen. Auch die Wahlen des Reichsvorstandes wurden in voller Einmütigkeit vorgenommen. Gewählt wurden als Bundesvorsitzender Staatsminister a. D. Regierungspräsident Genosse Konrad Hünich, als Stellvertreter der Vorsitzende Prof. Hugo Preuß, der Autor unserer Weimarer Verfassung und Oberbürgermeister Dr. Luppe-Nürnberg.

Besonders hervorgehoben zu werden verdient eine wahrhaft republikanische Rede des Oberpräsidenten der Provinz Hessen-Nassau, Dr. Schwandner. Dies muß schon aus dem Grunde unterstrichen werden, weil es in der Republik Deutschland leider zu den Seltenheiten gehört, daß ein hoher Staatsbeamter öffentlich in warmen Worten für den republikanischen Gedanken eintritt. Wenn auch andere hohe Staatsbeamte den Eid auf die Weimarer Verfassung geleistet haben, vermeiden sie es mit pathologischer Leisetzerei, in Reden und Erlassen das Wort „Republik“ auszusprechen. Der Oberpräsident sagte u. a.: „Wir Republikaner müssen energisch gegenüber den Putschisten von rechts und links die Offensive ergreifen.“

Genosse Oberbürgermeister Scheidemann in Kassel begrüßte die Konferenz im Namen der Stadt Kassel und sagte: „Die deutsche Einheit steht und fällt mit der republikanischen Staatsform. Ein Sieg der Reaktion, die Münchhausen-Politik treibt, indem sie sich am eigenen Kopf aus dem Sumpf herauszuziehen sucht, über die Republik würde zur unvermeidlichen Folge haben, daß sich außerhalb der schwarz-rot-goldenen Grenzpfähle kein Zünger mehr für Deutschland rühren würde. MacDonald hat in England nur siegen können mit dem Hinweis darauf, daß Deutschland ein demokratischer Staat sei und kein imperialistisches Deutschland mehr bestünde, das Poincaré bekämpft. Auch in Dänemark (Genosse Scheidemann hat erst vor wenigen Tagen in Kopenhagen auf Einladung gesprochen) stehe bevor, daß ein Sozialdemokrat (Stauning) Ministerpräsident werde. Wenn sich das Ausland immer mehr demokratisiere, Deutschland dagegen sich antidemokratisiere, werden sich die Sympathien des ganzen Auslandes wieder völlig von Deutschland abwenden.“

Bundespräsident Genosse Hünich führte in dem Bericht des Vorstandes u. a. aus: Der Ruhrkampf war ein verlorener zweiter Weltkrieg. Er begünstigte ein weiteres Umsichgreifen der pseudonationalistischen und militaristischen Kräfte und eine Schwächung der republikanischen Kraft. Der Ruhrkonflikt beweist, daß die Ludendorffs und die Poincarés sich gegenseitig in die Hände arbeiten. Folge des verlorenen Ruhrkampfes war die offene Anarchie im Reich. Die eine Tatsache, daß ein General v. Lossow, der den der Republik geleistete Eid brach, heute noch aus den Steuern der Armen, den Steuern des Reichs befreit wird, macht Deutschland zum Gespött der Welt. Daß Ludendorff als Hochverräter frei herumlaufen kann, Ehrhardt, der Meineidige und Hochverräter als Vertrauensmann des bayerischen Generalstaatskommissars eine hochpolitische Rolle spielen kann, während auf der anderen Seite ein Dichter von der feinen Art eines Toller, ein schwer lungentranter Mann, nicht einmal für drei Tage Urlaub von der bayerischen Regierung bekommen kann, um der Aufführung eines seiner Dramen beizuwohnen, spricht Bände gegen die „Ordnungszelle“ Bayern. Gerhart Hauptmann, Thomas

und Heinrich Mann, Erik v. Arnim, ich und andere haben unter Kabbruch des Reichsjustizministeriums veranlaßt, bei der bayerischen Regierung einen solchen Urlaub für Toller einzureichen. Selbst das Reichsjustizministerium ist bis zum heutigen Tage ohne Antwort geblieben. Es wurde der bayerischen Regierung anheim gegeben, dem Dichter zehn Gendarmen zur Bewachung mitzugeben, und wenn sie es für nötig halte, je zehn an jeder Seite. Daß der unehrbare Justizmord an Tollenbach noch ungeklärt ist, erschüttert den Glauben an die primitivste Gerechtigkeit. Die Vorgänge in Sachsen und Thüringen, das Vorgehen der Reichswehr in diesen republiktreuen Staaten, während das puschistische Bayern ungeschoren bleibt, ist ein trauriges Kapitel für sich. Zur Gründung der neuen republikanischen Partei meine der Redner: Was uns nützt, ist, daß neuer Geist in die alten Parteien hineingebracht wird. Wir wollen keine Zersplitterung der republikanischen Kräfte.

Aus der Debatte sind vor allem die beweglichen Klagen der Vertreter aus Sachsen und Thüringen hervorzuheben, die sie gegen die Vergriffenheit der Reichswehr unter dem Ausnahmezustand erhoben.

Minister Freiherr v. Brandenstein-Weimar sprach über die Zustände in Thüringen: „Was sich dort ereignet hat unter dem Ausnahmezustand, vergleiche ich mit dem Vorgehen der Franzosen im Ruhrgebiet. Das Vorgehen der Reichswehr richtete sich in erster Linie gegen die Republikaner, während rechtsgerichtete, republikfeindliche Kreise sich des besonderen Schutzes der Reichswehrgeneräle erfreuten.“

Polizeibest Dr. Schülinger-Dresden ergänzte diese Ausführungen bezüglich Sachsen.

Große Entrüstung riefen die Klagen des Chemnitzer Delegierten Franz hervor. Er sagte: „Was die schwarze Reichswehr in Freiberg in Sachsen an einem Tage für Unheil anrichtete, läßt sich nicht beschreiben. 36 Menschen sind von ihr grundlos getötet worden. Auf der Wache der Reichswehr wurde ein Lehrer bis zum Hieberrücken geprügelt. Menschen mußten barfuß einen fünf Stunden langen Weg neben dem Pferdeherlaufen. (Zuruf: Trübsal auch für Thüringen zu!) Ein Arzt in Thüringen, der eine freiwillige Samariterkolonne leitete, mußte auf der Wache der Reichswehr die Spundnäpfe reinigen.“

Unter den Anträgen, die dem neuen Vorstand zur weiteren Behandlung überwiesen wurden, ist von besonderem Interesse ein Antrag der Gruppe Bayern, der die sofortige Aufhebung des bayerischen Ausnahmezustandes, des bayerischen Generalstaatskommissariats und die sofortige Wiederherstellung von Presse- und Versammlungsfreiheit fordert.

Für Thüringen wurde ein neuer Landesverband ins Leben gerufen. In Kassel gründete sich eine neue Ortsgruppe, der zahlreiche Mitglieder sofort beitraten.

Devisen-Kurse.

Amliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	20. Februar	19. Februar.
	(In Millionen)	
Amsterdam	1 fl.	1 566 075
Buenos Aires	1 Peso	1 426 425
Brüssel (Antwerpen)	1 Fr.	147 690
Kristiania	1 Kr.	554 610
Kopenhagen	1 Kr.	604 995
Stockholm	1 Kr.	1 097 250
Helsingfors	1 Finn. Mk.	105 735
Rom	1 Lire	181 545
London	1 £	18 054 750
Neuyork	1 Dollar	4 189 500
Paris	1 Frs.	179 550
Zürich	1 Frs.	728 175
Madrid	1 Peseta	532 665
Portugal	1 Escudo	144 637
Japan	1 Yen	1 895 250
Rio de Janeiro	1 Milreis	498 750
Wien	1 Kr.	59 351
Prag	1 Kr.	121 695
Jugoslawien	1 Dinar	57 855
Budapest	1 Kr.	147 630
Bulgarien	1 Lewa	32 418

Eine öffentliche Verammlung am Sonnabend abend war überfüllt. Genosse Hünich sprach unter begeisterten Beifall über „Das geistige Deutschland und die Republik“. Seine vorzüglichen, auf hoher wissenschaftlicher und sachlicher Höhe sich bewegenden Ausführungen fanden stürmischen Beifall. Ein an der Diskussion sehr beteiligter „Völkischer“ erlitt auch durch andere öffentlichen Verammlung am Sonntag nachmittag sprach der demokratische Landtagsabgeordnete Schratz Kimmel über die „kommenden Wahlen“. Polizeibest Dr. Schülinger erwiderte die begeisterten Worte für die zahlreich erschienenen Jugend, mahnte sie an ihre heilige Pflicht, in Reich und Glied mit den „Alten“ aktiv für die deutsche Republik einzutreten.

Die dritte Tagung des Republikanischen Reichsbundes bedeutete, wie schon oben erwähnt, einen vollen Erfolg für die Ausbreitung und die Vertiefung des republikanischen Gedankens. An den Freunden der deutschen Republik liegt es nun, tätig mit ganzem Herzen und voller Kraft allezeit gegenüber den Putschisten von rechts und links mit aller Sachlichkeit, wenn es nützt aber auch mit aller Schärfe, gewappnet mit den guten geistigen Waffen der Menschlichkeit und in Gedanken an die hohen Ideale unserer Vorfahren für deutsche Einheit und Freiheit und Gerechtigkeit in der Reihe der deutschen Republikaner mitzutreten, damit das Wahngelübde völkischer Schein- und Maulparteien allen wahrhaft nationalgesinnten offenbar wird.

Heil! Heil!

SPD. München, 19. Februar. (Eig. Drahtber.)

Unter dem Ehrenvorsitz Ludendorffs hat sich eine deutschösterreichische Studentebewegung aufgelöst, die auf die Hochschulen des gesamten Deutschen Sprachgebietes ausgedehnt werden soll. Es handelt sich dabei um die Bildung einer extremen Kern- und Stoßtruppe im deutschen Hochschulland zu dem Zweck, alle anderen Tendenzen als die völkischen vom Hochschulland fernzuhalten. — In diesem Zusammenhang interessiert wohl eine mahnende Zuschrift in der Dienstanummer des „Völkischen Kurier“, in der scharf beurteilt wird, daß gerade die völkischen Mäusenöhne in München Abend für Abend in einer Reihe von Bierlokalen sich befaßen, wobei das wilde Gröhlen des Fakenkreuzliedes eine Hauptrolle spiele „und von Zeit zu Zeit lärmenden stark zerknitterte Gestalten dem Ausgang zu, leichenblau, aber mit letzter Lungenkraft brüllen sie unkläglich „Heil! Heil!“ durch das ganze Lokal. Wahrscheinlich wollen sie ihrer Hoffnung darüber Ausdruck geben, heil nach Hause zu kommen.“ Diese Herren Studenten sind nach einem Schreiben Ludendorffs, in dem er für den angebotenen und angenehmen Ehrenvorsitz dankt, die Bekämpfer der völkischen Bewegung, d. h. jener neuen Lebens- und Weltanschauung, die aus den Trümmern des Weltkrieges entstanden ist und das Deutsche Reich stark und frei und zum machtvollen Träger alles Erden in der Welt machen soll.“

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freie Presse und Feuilleton Hermann Bauer; für Inserate Heinrich Steinhilber. Verleger: Friedrich Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Kinderwagen Promenaden- und Klappwagen in großer Auswahl (12346)



Ferruf 2289 Lübeck Sandstraße 9

Eckenhof.

Novelle von Theodor Storm.

Schluß.

Als er die Tür zum Saale aufriß, erblickte er bei dem Nachtschimmer, der durch die Fenster drang, eine weiße Frauengestalt, welche beide Arme ihm entgegenstreckte.

Einen Augenblick nur schaute er; dann trat er rasch auf die Erscheinung zu. „Du Heilwig!“ rief er, als eine warme Hand die seine faßte. „Was ist dir? Was hat dich nachts hier nach dem öden Saal hinaufgetrieben?“

Sie blickte ängstlich um sich her. „Die Uhr schlug so fürchterlich; ich wollte zu dir; mir war, als droh dir Unheil hier im Hause!“

Er stützte sie sanft in seinen Armen. „Du träumst, Heilwig!“ sagte er; „was sollte mir in meiner Mutter Haus geschehen?“

— „Ich weiß nicht, Deitlew; aber laß mich bei dir bleiben; die Sommernacht geht ja bald herum.“

„Nicht nur die Sommernacht; bleib immer bei mir, Heilwig!“

— „Ja, immer, wenn du es willst.“

Sie führte ihn zu einem der alten Sessel, der noch wie einstens, da sie als Kinder ihn gemeinschaftlich dorthin getragen hatten, vor dem Bildnis seiner Mutter stand; er sollte nach seiner Reise jetzt der Ruhe pflegen. Als er ihr den Willen getan hatte, zog sie eine Fußbank darunter vor und setzte sich zu seinen Knien, den Kopf in seine Hände legend. Und als er dann im Schummer sanft zu atmen schien, sprach sie wie aus Träumen vor sich hin: „Mein Bruder! Mein lieber Bruder!“

Aber er hatte nicht geschlafen; er neigte sich zu ihr herab und flüsterte: „Mein traut Geschwister!“

Dann wieder hob sie den Kopf ein wenig aus des Bruders Hand. „Wie einsam, Deitlew“, sprach sie leise; „es ist doch dunkel; aber ich sehe deutlich deiner Mutter Bildnis: sie blickt uns freundlich an!“

„Ja, Heilwig; sehr freundlich.“

Und dann schwiegen sie. Sie wären fast eingeschlummert; da horchte Heilwig auf. „Was war das, Deitlew?“

— „Ich hörte nichts.“

„Doch! Da ist es wieder; hörst du nicht? Da drinnen riß es an der Kammertür!“

Der Junker hatte sich aufgerichtet. „Die Tür ist verschlossen“, sagte er.

Es war wieder alles still geworden; sie hörten nichts mehr; es mochte nur der Wind gewesen sein. Heilwig legte wieder das Haupt in ihres Bruders Hände; dann schwiegen beide, ein plötzlicher Schummer hatte sie befangen.

Aber die Nacht war noch nicht herum, und es schlief nicht alles in diesem Hause. Wäre sonst ein Ohr noch wach gewesen, es hätte draußen im Flur das leise Deiffnen der Tür zur Winterkammer vernommen müssen; dann ebenso leise unsichere Schritte durch die Halle bis zur Tür des Saales selbst.

meritür hinhreitend, näherte es sich den Schlafenden. Doch erreichte es dieselben nicht; ein dumpfer Schrei, wie aus der Brust eines entsehten Tieres, durchbrach die Stille der Nacht.

Heilwig war sich imporgelassen, als müsse sie mit ihrem Leibe den des Bruders decken; aber es war nicht mehr vonnöten; sie sah nur noch eine taumelnde Gestalt mit beiden Armen um sich greifen und dann in schwerem Fall zu Boden stürzen. Zugleich erscholl ein Klirren, als würde eine Waffe über den Fußboden bis zu ihren Füßen fortgeschleudert.

Heilwig hielt mit beiden Armen des Junkers Hals umklammert. „Deitlew! Deitlew!“ raunte sie ihm zu. Er aber antwortete nicht; er hatte sich geduldet und seine Hand griff suchend auf dem Fußboden umher. Als er die Waffe erfaßt hatte, die unter ihrem Sessel lag und seine Finger an dem Schlosse rührten, zuckte er zusammen und es schüttelte ihn wie Fieberfrost. Zugleich aber sprang er auf, und den Arm fest um sie legend, rief er Heilwig mit sich in die Kammer und weiter, nachdem er hastig aufgeschlossen, durch die Reihe der übrigen Kammern auf den Flur hinaus und hinab die Wendeltreppe.

„Wer war das?“ rief sie, als beide atemlos im Unterhause angekommen waren. „Der wollte dich töten, Deitlew!“

„Ich weiß nicht; frag mich nicht, Heilwig; ich will jetzt nur eines wissen! — Über meiner Mutter Erbe werde ich nimmermehr verlangen.“

Er zog das Mädchen wieder mit sich fort, bis in die Schlafkammer der Großmutter, bis an das Bett der schlummernden Greisin.

Sie hörten es nicht, wie draußen über der Zugbrücke eilige Schritte laut wurden, und sahen nicht die fliehende Gestalt, die jenseits derselben unter dem Schatten der Eichen in die Nacht verschwand.

Herr Hennicke hatte recht behalten; der blonde Reiter ist nicht wieder auf den Hof gekommen, so emsig auch Frau Benedikte nach ihm ausgehien. Mit ersterem selber aber mußte Seltsames geschehen sein; denn als, wie hergebracht, die Hausmutter mit der Margarete an sein Bett kam, lag dort ein eisgrauer Mann mit eingesunkenem Antlitz; als sie aber mit Geschrei von dannen stürzen wollte, war es die Stimme ihres Herrn, welche die Närrin erst zurückrief und sie dann samt ihrer Sippe zu allen Teufeln schickte.

Er hat aber wochenlang in der dumpfen Kammer fortgejessen, bis eines Morgens drüben aus dem Dorf zu Eckenhof das Turmgeläute hell herüberwehte, das man des dazwischenliegenden Waldes wegen nur selten hat vernehmen können. Da hat er aufgeschrien und den eben eintretenden Vogt gefragt, wer denn begabten würde. Als dieser ihm berichtet, es sei die alte Färbersfrau vom Eckenhof, hat er sich arg erhört, daß man ihm nichts davon vermeldet, dann aber plötzlich nur den Namen „Heilwig“ ausgesprochen und befohlen, ihm sein Pferd zu jatteln. Er ist jedoch nicht fortgeritten; der Hoffnung hat stundenlang das aufgeäumte Tier im Hofe umhergeführt, bis es endlich wieder abgestallt werden mußte. Und ebenso erging es am anderen und am dritten Morgen.

Dann aber eines Tages sah der Rätter Forthmann, welcher eine blonde Kuh am Bett führte, eine große Reitergestalt über

die Zugbrücke nach dem Eckenhof hinaufjagen und dort am Hause von dem Pferde steigen.

Der Rätter schüttelte den Kopf; er konnte sich nicht denken, was der Mann dort suchte, denn es wohnte niemand mehr darin; seine Geste war zu dreien Malen mit der Morgenmilch ans Haus gekommen; aber immer hatte sie vergebens an die ringsum verschlossenen Türen geklopft.

Auch jetzt ist nichts Lebendiges zu spüren gewesen; selbst die schwarzen Krähen mußten auf Abzug fortgezogen sein.

Der Reiter aber hatte mit einem schweren Doppelschüssel die Haupttür aufgeschlossen. Vom Flur aus hat er die Räume des Unterhauses durchwandert; aber es ist nichts darin gewesen, als nur das stumme Gerat, das einst den beiden Frauen zu ihrem einsamen Leben diente. Als er auf den Flur zurückgekehrt war, ist er vor der Treppe stillgestanden, als müsse er auch hier die Stiegen nach hinauf; er hat aber nur den Fuß auf die unterste Stufe gesetzt und mit heiserer Stimme einen Namen in das Oberhaus hineingerufen. Als ihm von dorther nur ein dumpfer Hall zurückgekommen, hat er, wie von jäher Furcht befallen, das Haus verlassen und ist vom Hofe fortgeritten; aber immer langsamer ist das Pferd gegangen, und immer zusammengelunterer ist die darauffolgende Gestalt erschienen.

Das alte Haus innerhalb des Ringgrabens lag wieder im keiner stillen Abgeschiedenheit; nur die Krähen, als es Abend wurde, kehrten zurück und lärmten eine Zeitlang, bevor sie sich zum Schlafe in die Eichenwipfel setzten.

Herr Hennicks Wünsche hatten sich erfüllt; der Junker Detlew war durch landgerichtlichen Spruch für tot erklärt worden; Frau Benedikte lag unter ihrem schweren Leichenstein. Aber Herr Hennicke ist ein geborener Mann gewesen. Die beiden Töchter, welche sich allmählich zu ein paar breitschulterigen, geizigen Hagselgößen ausgewachsen, wirtschafteten emsig auf dem einen wie auf dem anderen Hofe; sie aderten und ernteten und sädelten die Kornfelder ein, ohne daß Herr Hennicke dareingerebel hätte. Niemals hat er mehr ein Pferd bestiegen; aber in bestimmten Zwischenräumen ist er am Stabe nach Eckenhof gewandert. Das Haus hat er nie betreten; aber auf der kleinen Bank unter den Eichen hat er oft gesessen, wie erwartungsvoll das Antlitz dem Hause zugewandt, als ob dort in jedem Augenblick die Tür sich öffnen müsse. Nur wenn vom Giebel plötzlich der Schlag der Uhr gelode herabgeschallen, hat er wie erschreckt emporgelblitzt; denn die Uhr schlug nach wie vor; er selber hat dem Rätter aus dem Dorfe einen hohen Lohn gezahlt, daß er auf dem verfallenen Boden das Werk in stetem Gange halte. Wenn die Dorflieder, vom Felde herkommend, hier vorübergingen, haben sie sich schon von ferne die regungslose Greifengestalt gezeigt und heimlich untereinander flüsternd ihren Weg verfolgt; denn ein unsäheres, aber fürchtbares Gerücht ist in den Bauernstuben umgelaufen: es seien die Schattenhände der toten Frau gewesen, die Herrn Hennicks Kraft gebrochen hätten.

Und so in seiner Einsamkeit ist er bis an die äußerste Grenze des Menschenlebens gelangt. Von Heilwig aber und dem blonde Reiter hat sich jede Spur verloren.

terlichen Angriffe auf die Sozialdemokraten gerade in Lübeck für einen Sinn? Wollten wir denn etwas anderes, als diese von der Volkspartei verlangte Politik? Wir wollten die Macht, die uns zukommt, auch in der Tat ausüben. Und wird werden von diesem Grundlag niemals abgehen.

In Lübeck ebenso wie in Mecklenburg war es gerade die Volkspartei, die die allertraurige Rolle spielte. Bei jeder Gelegenheit gab sie sich als die staatsverhaltende Partei der Mitte aus; bei jeder Gelegenheit aber fehlte ihr der moralische Mut zur Konsequenz. Sie hat alle Fehler wiederholt, die die Demokraten seit 1920 machen. Und sie hat deshalb einen ähnlichen moralischen Niederschlag erlebt, wie die Demokraten. Die Volkspartei hat in Mecklenburg 60 Prozent ihrer Stimmen eingebüßt; und es wäre ihr in Lübeck nicht besser ergangen, hätte sie sich nicht unter die Fittiche des deutschnationalen Trutzhahns gestülcht.

Die historische Aufgabe der Volkspartei wäre es gewesen, für den gegenwärtigen Staat zu kämpfen. Statt dessen machte sie in scharfer Konkurrenz mit den deutschnationalen in Schlagworten gegen den Staat, und gegen die Sozialdemokratie. Der Erfolg ist katastrophal. Sie schuf damit eine grauenhafte Verwirrung im gesamten bürgerlichen Lager, bezog die Geschäfte der deutschnationalen und jagte das gesamte bürgerliche Mittelfeld in das wüste Meer.

Es war in Lübeck nicht anders als in Mecklenburg. Statt gegen die Feinde des Staates rechts und links zu kämpfen, verlor sich die Führer der Volkspartei, allen voran Rechtsanwalt Gwers, in Don Quixoterien gegen die Sozialdemokratie. Aus irgend welcher verkehrten Eitelkeit!

Die Entwicklung wird zeigen, daß sie sich damit selbst die Voraussetzung, Führer im staatsbejahenden Bürgertum zu sein, verweigert haben. Die deutschnationale Bewegung wird weite Kreise im Bürgertum zwingen, zwischen dem Schlagwort und dem gelunden Menschenverstand zu wählen. Die völkische Bewegung ist zurzeit das hervorstechendste Merkmal der staatlichen Entwicklung; sie wird das Scheidewasser der bürgerlichen Parteien sein.

Wir werden uns deshalb in einem weiteren Artikel ausführlich mit der völkischen Bewegung beschäftigen.

Abbau der Schwerbeschädigten?

Der Sparauschuß des Reichstages beschäftigte sich am Mittwoch mit dem Abbau der Schwerbeschädigten. Von verschiedenen Seiten wurde Klage geführt, daß die Schwerbeschädigten noch immer nicht die notwendige Rücksichtnahme bei den Behörden finden. Es wurde u. a. festgestellt, daß ein Rundschreiben des Reichsfinanzministeriums, das einen geringeren Abbau der Schwerbeschädigten bei den einzelnen Behörden vorschlug, nicht die nötige Beachtung gefunden hat und vom Reichswehrministerium sogar erst nach Wochen weitergegeben worden ist. Die Sozialdemokratie stellte deshalb den Antrag, den Abbau der schwerbeschädigten Beamten, Angestellten und Arbeiter überhaupt einzustellen und Ausnahmen nur mit Genehmigung des Sparauschusses zuzulassen. Auf Antrag der Regierung wurde die Forderung dieses Sparauschusses bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt. Die Regierung kündigte die Einsetzung von vier weiteren Stellen bei den einzelnen Behörden an, die dem Ausweis abgebaut, besonders qualifizierter Beamter bei den einzelnen Dienststellen dienen sollen. Der Sparauschuß beschloß, über die Entlassung von Beamten mit vererbten Kindern im Bereich der Reichswehrverwaltung eine Nachprüfung an Stelle vorzunehmen.

Der Riß in der Zentrumspartei.

Aus dem Ruhrgebiet wird uns geschrieben: Das Zentrum wird bei den kommenden Wahlen einen sehr schweren Stand haben. In den christlichen Gewerkschaften des Ruhrgebietes gibt es schon seit geraumer Zeit, besonders seit Abbruch des russischen Widerstandes, eine in den letzten Tagen wieder verstärkte Entfremdung der christlichen Arbeiter bekannt, die sich gegen die unternehmerfreundliche Politik des Reichsarbeitsministers wenden. Was die christlichen Arbeiter aber besonders jetzt gegen ihren Führer in den Gewerkschaften aufbraucht, ist vor allen Dingen deren völliges Verlangen in der Frage des Wirtschaftens. Aus dieser entgegengesetzten Stimmung heraus ist die „christlich-sozialistische Volksgemeinschaft“, das neue Parteigebilde der christlichen Arbeiter gegen den rechten Flügel der Zentrumspartei entstanden. Eine am 10. Februar in Essen stattgehabene große Kundgebung hat gezeigt, daß die neue Partei der christlichen Arbeiter dem Zentrum sehr gefährlich werden kann und daß sie bis zu den nächsten Wahlen schon eine ansehnliche Geschäftsliste hinter sich haben dürfte. In dem zweimal wöchentlich in Dortmund erscheinenden Organ der neuen Partei wird die arbeitserfreundliche Politik des Zentrums besonders scharf gebrandmarkt. Wie breit der Riß bereits läuft, zeigt ein Leitartikel, in dem es u. a. heißt:

„Was haben die katholischen Arbeiter im Zentrum erreicht in ihrem Streben um politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Höherwertung? Man komme doch da nicht immer mit den alten, abgelebten Agitationsphrasen von der sozialen Fürsorge, die durch das Zentrum geleistet worden ist, und betone dann aber bitter und offen, ob nicht irgendwo besondere Maßnahmen damit ausschlaggebend waren. Jedenfalls dürfen wir mit Jaug und Rechi behaupten, daß selbst heute noch im Zentrum der Arbeiter mehr eine Staffage ist, die man notwendig braucht, als etwa volles, gleichberechtigtes Glied. Im übrigen verfügen wir eine andere „Belehrung“ als wie sie mancherorts blüht zu sein scheint, wo man den Mitgliedern erklärt: „Nimmst du ein Geschenk Gottes!“ Selig sind die Lämmer im Geiste!“ Solche „Belehrung“ ist alles andere als angepaßt in einer Zeit, in der das schaffende Volk vor Hunger nicht ein noch aus weiß.“

Das völkische Vorgehen des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter gegen den Reichsarbeitsminister wegen seiner Stellungnahme in der Frage des Lohnabbaues und der Schichtverlängerung zeigt ebenfalls, wie groß der Riß im Zentrum bereits geworden ist. Der Gewerkschaftsleiter legt z. B. gegen die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsrichters Verwahrung ein und behauptet den Reichsarbeitsminister, daß es seine Pflicht sei, „in sozialem Geiste zu wirken und eine zu weitgehende Ausbeutung der im Augenblick wirtschaftlich schwachen Bergarbeiter zu verhindern!“ Unter der Überschrift „Die Willkürherrschaft im Ruhrbergbau“ schreibt „Der christliche Bergknappe“ in diesem Zusammenhang u. a.:

„Auf den Begehren beruht das Schammaschismus wie selten zuvor. Die Brutalität der Unternehmer nimmt immer größere Formen an. Der hungrige Bergmann wird wie ein Hund behandelt. Die vorhandene Notlage wird zu erschwerender Ausbeutung der Bergleute ausgenutzt. Wer gegen die Willkürherrschaft des Bergbaukonzerns macht, wird hundert auf die Straße geworfen. So können die Dinge nicht weitergehen.“

Was die Zwangsgewaltigen den Bergarbeitern zurzeit zu bieten wollen, ist eben auch den Christlichen allmählich zu viel. Hat doch dieser Tage beispielsweise der Mühlheimer Bergwerksverein (Johde Hagenfeld) sich nicht scheut, den Invaliden und Witwen des Berges, die bislang Hausbrandholz bezogen, einfach die Felle zu entziehen. Das ist der Dank für die opferwillige Teilnahme der Bergarbeiter am Wiederaufbau des zerschundenen Vaterlandes. Der durch die Brutalität der Unternehmer erzeugten Stimmung unter den Bergarbeitern hat die „christlich-sozialistische Volksgemeinschaft“ nun gegen das Zentrum

Rechnung zu tragen. In ihrem Programm wird ein entschiedenes Bekenntnis zur demokratisch-republikanischen Staatsverfassung abgelegt. Auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik wird grundsätzlich der liberal-kapitalistischen Wirtschaftsordnung und Ueberführung der Produktion auf das Genossenschaftsprinzip geordert. Weitere Forderungen sind: Sicherung des Koalitionsrechtes, ausreichender Arbeiterlohn, Sicherstellung eines unbedingten ausreichenden Einkommens, die Durchführung einer gerechten Steuerreform, entscheidende Mitwirkung von Laienrichtern unter Abtötung jeglicher Klassenjustiz und tatkräftiges Eintreten für allgemeine Völkerverständigung im Geiste des christlichen Solidarismus.

Wie Arbeiter bestraft werden!

SPD. Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag folgende Interpellation eingebracht:

In Dramburg (Pommern) hatte in der Nacht zum 24. Juni 1923 ein Zusammenstoß zwischen bewaffnetem Junghunm auf der einen, Arbeitern auf der anderen Seite stattgefunden. Gegen die durch das herausfordernde Auftreten des Junghunm provozierten Arbeiter begann am 26. Januar d. J. die Hauptverhandlung vor der Strafkammer in Stettin, die infolge der Verordnungs vom 17. Dezember 1923 statt des Schwurgerichts stattfand, und endete mit einem Urteil, durch das wegen Landfriedensbruchs zwei Angeklagte zu Zuchthausstrafen von je zwei Jahren, zwei andere zu Gefängnisstrafen von je einjährig sechs Monaten, einer zu einjähriger Gefängnisstrafe, sechs weitere, darunter drei Frauen, zu Gefängnisstrafen von vier bis zu neun Monaten, die vier Ehefrauen außerdem zu mehrjähriger Polizeiaufsicht verurteilt wurden. Das Urteil ging zum Teil über die Anträge der Staatsanwaltschaft noch hinaus. In der bemerkenswerten Arbeiterpartei hat die Härte dieses Urteils lebhaften Unwillen hervorgerufen. Der Vergleich mit der rechtsradikalen Kreislage gegenüber nicht geringen Zurückhaltung erscheint unabweislich. Rechtsmittel gegen das Urteil sind nach der Verordnung vom 17. Dezember 1923 nicht gegeben.

Mit der Reichsregierung bereit, darauf hinzuwirken, daß im Gnadenwege die erkannten Strafen mit der Billigkeit in Einklang gesetzt werden?

Zerlegung der kommunistischen Gewerkschaften.

Bochum, 20. Februar.

Ein Originalrundschreiben der kommunistischen Bezirksleitung für das rheinisch-westfälische Industriegebiet, sowie Schriftstücke der Union für Hand- und Konfektarbeiter, die unserer Partei in die Hände fielen, geben bemerkenswerte Aufschlüsse für die Zerlegungsabsichten bei der Union. In dem Rundschreiben teilt die kommunistische Bezirksleitung mit, daß infolge der Weigerung der Mitglieder der Union-Zentrale, mit den Vertretern der roten Gewerkschaften-Internationalen zu tauschen, der kommunistische Reichswirtschaftsrat beschlossen hat, die Zentrale der Union im Ruhrgebiet aufzulösen und von Grund auf zu reorganisieren. Die Hauptursache der Differenzen zwischen der Bezirksleitung der Union und Zentrale der SPD liegt in der Diktatur der kommunistischen Leitung in allen wirtschaftlichen Fragen, die zu offener Auflehnung der unionistischen Gewerkschaftsaktivitäten geführt hat. Von der SPD wird gegen die Angehörigen der Union der Vorwurf erhoben, mit Propagandaarbeitern, und zwar 450 Dollar im Monat Oktober und 2000 Dollar im Monat November, die zum Druck von Hochblättern und Zeitungen verwendet werden sollten. Mehrere waren getrieben zu haben. Ebenso wird von den Kommunisten den Unionisten vorgeworfen, während und nach der Zerlegung in unehrenhaften Missetat verfallen zu sein. Die unionistische Zeitung rechtfertigt sich mit der Erklärung, daß die kommunistische Parteileitung Ende Oktober vollkommene Raschheit von ihr verlangt habe, da die SPD-Zentrale der Arbeiterbewegung gewissermaßen die SPD bis zum 15. Januar die politische Macht im westfälischen Gebiet in Händen hätte. Im Hinblick auf diese Vorwürfe werden von der SPD die leitenden Funktionäre der Union aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen. Die kommunistischen Parteimitglieder werden aufgefordert, den Verleumdungen dieser Funktionäre eine Anzahl von Verurteilungen entgegenzusetzen und dort eine Erhaltung der Union herbeizuführen, mit allen Mitteln aktiv entgegenzutreten.

Die kommunistische Beamtenpartei.

Nur 16 Prozent Arbeiter in der russischen Kommunistenpartei.

In seiner letzten Rede hat Sinowjew interessante Zahlen über die Arbeiterpartei und die Zusammensetzung der russischen kommunistischen Partei mitgeteilt. Diese Angaben sind insofern von großem Interesse, als in der Diktatur immer wieder darauf hingewiesen wurde, daß die kommunistische Partei sich mehr und mehr zu einer Beamtenpartei entwickelt habe und daß die Arbeiterpartei nur einen kleinen Teil der Partei bildet. Diese Tatsachen

Der Plan der Sachverständigen.

Paris, 19. Februar.

„New York Herald“ gibt folgende genauere Darstellung der Grundlagen, auf denen die Finanzsachverständigen ihren Bericht aufbauen gedächten:

1. Eine neue Goldnotenbank, die als einziges dezidiertes Institut funktionieren, die Rentenmark und die Papiermark absorbieren und über genügende Goldreserven verfügen sowie internationaler Kontrolle unterliegen sollte. Die Bank würde die Goldreserven der Reichsbank und das in Deutschland noch aufzubringende Kapital übernehmen. Hinzukommen sollte ausländisches Kapital. Nach Ansicht der Sachverständigen ist die Emission der künftigen Goldnotenbank eines der gewinnbringendsten Geschäfte, die je arrangiert wurden. Diese Auffassung habe ihren Grund in der bestehenden Nachfrage nach neuer Währung in Deutschland.

2. Ein deutsches Budget, das auf Goldgrundlage hinsichtlich der ordentlichen Lasten absolut ausgeglichen sei, gleichzeitig aber voraussetze, das das Ruhrgebiet wirtschaftlich wieder Deutschland einverleibt wird. Daneben soll ein dreijähriges Moratorium für Reparationszahlungen vorgeschlagen werden.

3. Eine internationale Anleihe als weiteren Stabilisierungsfaktor, zu garantieren durch die deutschen Eisenbahnen. Ein Teil der Anleihe soll für den sofortigen Bedarf der Länder Verwendung finden, die, wie Frankreich, in nächster Zeit von gewissen deutschen Zahlungen abhängig sein. Der Betrag der Anleihe soll in einem Bericht festgelegt werden, den die Eisenbahnsachverständigen des Komitees binnen kurzem erstellen werden. Der Betrag werde sich wahrscheinlich in der annähernden Höhe der von der Presse bereits genannten 10 Milliarden Goldmark halten.

Der „New York Herald“ hält es für wenig wahrscheinlich, daß über die grundlegenden Prinzipien unter den Sachverständigen Meinungsverschiedenheiten bestehen. Nach den vorliegenden Angaben zu schließen, würden die Sachverständigen empfehlen, daß die wirtschaftliche Kontrolle des Ruhrgebietes an Deutschland zurückgegeben. Die Einzelheiten dieses Planes würden den

Wache wird von Sinowjew bestätigt. Es sind in der kommunistischen Partei Rußlands augenblicklich an Mitgliedern vorhanden:

Arbeiter 50 688 = 15,9 Proz. der gesamten Mitgliedschaft, Bauern: 65 498 = 20,7 Proz. der gesamten Mitgliedschaft, Rotarmisten (Offiziere und höhere Militärbeamte): 50 000 = 18,0 Proz. der gesamten Mitgliedschaft.

Den Rest bilden Angestellte, Beamte und dergleichen, von denen es etwa 200 000 in der Partei gibt.

Sinowjew ist mit dieser Entzifferung nicht unzufrieden und versucht sogar eine „Theorie“ für die Umbildung einer Arbeiterpartei zu schaffen:

„Wir können uns nicht darauf einlassen, unsere Partei in eine reine Arbeiterpartei, wo die Arbeiter 95 oder 98 Prozent der gesamten Mitglieder ausmachen, zu verwandeln. In unserem Lande, wo die große Mehrheit Bauern sind, kann eine Partei nicht regieren, die in ihren Reihen nur städtische Arbeiter hat. Unsere Partei kann also nicht eine reine Arbeiterpartei sein.“

Ob eine Partei, die so viele fremde Klassenangehörige in ihren Reihen hat, eine Arbeiterpartei treiben kann oder ob nicht bei ihrer Politik starke Einflüsse fremder Klassen immer mehr zum Durchbruch kommen müssen, — auf diese wichtigen Fragen geht Sinowjew nicht ein.

Sinowjew weist ferner auf einen starken Einfluß anderer Parteien hin, von denen viele Mitglieder durch einen „fröhlichen Druck“ der Diktatur sich entschlossen haben, zur kommunistischen Partei überzutreten. Unter den 828 Funktionären der kommunistischen Partei (die die Partei sowie die gesamte Staatsmaschinerie in Händen haben) sind nicht weniger als 2602 (30 Proz.) Leute, die aus anderen Parteien zur SPD gekommen sind. Sinowjew sagt über diese Leute:

„Viele Parteimitglieder hat gewisse Traditionen, die die Arbeit unserer Partei auch heute noch erschweren und die in schwierigen Momenten wieder zum Ausbruch kommen können.“

Sinowjew hat hier in erster Linie seinen Kollegen Trotski im Auge, der erst nach der Revolution zur kommunistischen Partei übergetreten und nun in Opposition zum herrschenden Dreimännerkollegium steht.

Ruhrs Nachfolger.

SPD. München, 19. Februar. (Eig. Drahtb.)

Durch eine Verordnung des Gesamtministeriums ist der Ausnahmezustand nunmehr auf die Gesamtregierung übergegangen. Die Befugnisse, die der Generalkommissar inne hatte, sind bereits neu verteilt; sie gehen, wie erwartet, auf die einzelnen Regierungspräsidenten über, für Oberbayern also wiederum in die Hände des Herrn v. Raß, in München, Nürnberg und Jülich in die Hände der Polizeipräsidenten. Die Beauftragten führen den Titel Staatskommissare. Sämtliche Behörden des Reiches, des Landes und der Gemeinden — mit Ausnahme der Gerichte, Staatsanwaltschaften und Militärbehörden — sind verpflichtet, ihren Anordnungen Folge zu leisten. Nach der neuen Verordnung sind die Schutzhaftbefehle schriftlich zu erlassen. Die der Verhaftung zugrunde liegenden Tatsachen sind ausführlich anzugeben. Der Schutzhaftbefehl ist den Verhafteten sofort bei der Verhaftung bekanntzugeben. Der Verhaftete ist spätestens am darauffolgenden Tage von einem ordentlichen Richter darüber zu vernehmen, ob und welche Einwendungen er gegen seine Verhaftung zu erheben hat. Gegen die Verhaftung steht ihm jedoch das Rechtsmittel der Beschwerde zu. Wird die Schutzhaft aufgehoben, so ist dem Geschädigten ein Entschädigungsanspruch zuzuerkennen. Infolge der vorübergehenden Aufhebung der Pressefreiheit können Druckschriften jeder Art zeitweise verboten werden. Im übrigen bleiben die Anordnungen und Verfügungen des Generalkommissars bis auf weiteres bestehen.

Das völkische Ideal.

SPD. Weimar, 19. Februar. (Eig. Drahtb.)

In der ersten Sitzung des dritten Thüringer Landtages wird neben der Wahl des Landtagspräsidenten auch die Wahl der Regierung vorgenommen werden. Bei der Präsidentenwahl und der Wahl der Regierung wird der völkische Block mit dem Ordnungsbund zusammengehen. Als kommende Minister werden genannt: Dr. Sattler, ein ehemaliger Weimarer Landrat, Dr. Döller-Sondershausen und Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. Leutheuser-Jena. Die Regierung soll von drei Ministern und vier Staatsräten gebildet werden. Als Staatsräte werden der ehemalige Staatsminister Dr. Baussen-Weimar, Tess-Altendorf und Liebetrau-Gotha genannt. Die völkische Fraktion bezieht sich nicht an der Regierung, will aber eine Regierung unterstützen, die nur aus deutschblütigen, nicht-marxistischen Männern besteht, die national ist, sozial handelt und die christliche Religion in Schule und Haus ohne Unterschied des Bekenntnisses unbedingt schützt.

Beweis erbringen, daß das Ergebnis einer derartigen Neuordnung für Frankreich vorteilhafter sei, als wenn es auf der gegenwärtigen Kontrolle der Ruhrindustrie bestände. Militärisch und politisch sei Frankreich vielleicht noch imstande, die Ruhrpolitik zu halten, wirtschaftlich dagegen nicht. Die innere Zollgrenze und die Absonderung der Eisenbahnen im Ruhr- und Rheinlande von dem deutschen Hauptnetz würden nicht beseitigt werden. Frankreich würde dagegen die Zufuhr von regelmäßigen Reparationszahlungen erhalten, die durch die Internationale Notenbank so gut wie sichergestellt würden. Die Notenbank werde die deutsche Währung voll in der Hand haben und die Grundlage für eine Neuorientierung abgeben.

Dr. Schachts Besprechungen.

Paris, 19. Februar.

Ueber die westliche Besprechung Dr. Schachts mit den Sachverständigen schreibt „Matin“, die Sachverständigen hätten grundsätzlich gegen den Vorschlag Dr. Schachts nichts einzuwenden zu haben unter der Bedingung, daß er eine vorläufige Gruppe darstelle, und daß die Kreditbank später in der Goldnotenbank aufgehe, die auf Grund ihres eigenen Planes errichtet werden solle.

*

Paris, 20. Februar. (Eig. Drahtb.)

Der „Temps“ glaubt unter Berufung auf die französischen Sachverständigen entgegen dem größten Teil der Pariser Morgenpresse feststellen zu können, daß von der unmittelbar bevorstehenden Errichtung des vorläufigen deutschen Kreditinstituts durch Reichsbankpräsident Dr. Schacht keine Rede sein könne. Die Nachricht ist unseres Wissens völlig unzutreffend. Es sei denn, daß der Quat d'Orsay in seiner bisherigen Politik eine neue Schwenkung beabsichtigt und nachträglich Einwendungen erhebt. Dies wäre aussichtslos, weil die Errichtung des vorläufigen Kreditinstituts nicht die geringste Handhabung bietet, die Generalhypothek auf Artikel 248 des Versailler Vertrages geltend zu machen, wie das in derartigen Fällen von Paris aus üblich ist.

Reichstagung des Republikanischen Reichsbundes.

Mehr Selbsterkenntnis zur Republik. — Energetischer Kampf gegen die Putschisten. — Die „Selbstentaten“ der Reichswehr in Sachsen und Thüringen.

(Eigenbericht.)

Kassel, den 17. Februar 1924.

Die dritte Reichskonferenz des deutschen republikanischen Reichsbundes, die am 16. und 17. Februar in Kassel tagte, bedeutete für die republikanische Sache in Deutschland einen vollen Erfolg. Sie war auch ein verheißungsvoller Anfang für die uns bevorstehenden Wahlen. Die wirklich republikanischen Parteien werden in dem Republikanischen Reichsbund einen wirksamen Mitstreiter finden. Die Konferenz leistete in kurzer Zeit bedeutungsvolle Arbeit. Ohne große Debatte wurde das Programm des Bundes festgelegt und ein verbessertes Organisationsstatut angenommen. Auch die Wahlen des Reichsvorstandes wurden in voller Einmütigkeit vorgenommen. Gewählt wurden als Bundesvorsitzender Staatsminister a. D. Regierungspräsident Genosse Konrad Hünich, als Stellvertreter der Vorsitzende Prof. Hugo Preuß, der Autor unserer Weimarer Verfassung und Oberbürgermeister Dr. Luppe-Nürnberg.

Besonders hervorgehoben zu werden verdient eine wahrhaft republikanische Rede des Oberpräsidenten der Provinz Hessen-Nassau, Dr. Schwaner. Dies muß schon aus dem Grunde unterstrichen werden, weil es in der Republik Deutschland leider zu den Seltenheiten gehört, daß ein hoher Staatsbeamter öffentlich in warmen Worten für den republikanischen Gedanken eintritt. Wenn auch andere hohe Staatsbeamte den Eid auf die Weimarer Verfassung geleistet haben, vermeiden sie es mit pathologischer Zurückhaltung, in Reden und Erlässen das Wort „Republik“ auszusprechen. Der Oberpräsident sagte u. a.: „Wir Republikaner müssen energisch gegenüber den Putschisten von rechts und links die Offensive ergreifen.“

Genosse Oberbürgermeister Scheidemann-Kassel begrüßte die Konferenz im Namen der Stadt Kassel und sagte: „Die deutsche Einheit steht und fällt mit der republikanischen Staatsform. Ein Sieg der Reaktion, die Münchhausen-Politik treibt, indem sie sich am eigenen Jopf aus dem Sumpf herausziehen sucht, über die Republik würde zur unvermeidlichen Folge haben, daß sich außerhalb der schwarz-rot-goldenen Grenzspähle kein Jüngling mehr für Deutschland rühren würde. MacDonald hat in England nur siegen können mit dem Hinweis darauf, daß Deutschland ein demokratischer Staat sei und kein imperialistisches Deutschland mehr bestehe, das Poincaré bekämpft. Auch in Dänemark (Genosse Scheidemann hat erst vor wenigen Tagen in Kopenhagen auf Einladung gesprochen) stehe bevor, daß ein Sozialdemokrat (Stauning) Ministerpräsident werde. Wenn sich das Ausland immer mehr demokratisiere, Deutschland dagegen sich antidemokratisiere, werden sich die Sympathien des ganzen Auslandes wieder völlig von Deutschland abwenden.“

Bundespräsident Genosse Hünich führte in dem Bericht des Vorstandes u. a. aus: Der Ruhrkampf war ein verlorener zweiter Weltkrieg. Er begünstigte ein weiteres Umfächern der pseudo-nationalistischen und militaristischen Kräfte und eine Schwächung der republikanischen Kraft. Der Ruhrkonflikt beweist, daß die Ludendorffs und die Poincarés sich gegenseitig in die Hände arbeiten. Folge des verlorenen Ruhrkampfes war die offene Anarchie im Reich. Die eine Tatsache, daß ein General v. Lossow, der den der Republik geleisteten Eid brach, heute noch aus den Steuern der Armen, den Steuern des Reichs befreit wird, macht Deutschland zum Gespött der Welt. Daß Ludendorff als Hochverräter frei herumlaufen kann, Ehrhardt, der Meineidige und Hochverräter als Vertrauensmann des bayrischen Generalstaatskommissars eine hochpolitische Rolle spielen kann, während auf der anderen Seite ein Dichter von der feinen Art eines Tolstoj, ein schwer kranken Mann, nicht einmal für drei Tage Urlaub von der bayrischen Regierung bekommen kann, um der Aufführung eines seiner Dramen beizuwohnen, spricht Bände gegen die „Ordnungszelle“ Bayern. Gerhart Hauptmann, Thomas

und Heinrich Mann, Fritz v. Arnim, ich und andere haben unter Radbruch das Reichsjustizministerium veranlaßt, bei der bayrischen Regierung einen solchen Urlaub für Tolstoj einzureichen. Selbst das Reichsjustizministerium ist bis zum heutigen Tage ohne Antwort geblieben. Es wurde der bayrischen Regierung anheim gegeben, dem Dichter zehn Gendarmen zur Bewachung mitzugeben, und wenn sie es für nötig halte, je zehn an jeder Seite. Daß der uneheliche Justizmord an Zechenbach noch ungeklärt ist, erschüttert den Glauben an die primitivste Gerechtigkeit. Die Vorgänge in Sachsen und Thüringen, das Vorgehen der Reichswehr in diesen republikanischen Staaten, während das nationalistiche Bayern ungehört bleibt, ist ein trauriges Kapitel für sich. Zur Gründung der neuen republikanischen Partei meine ich der Redner: Was uns nottut, ist, daß neuer Geist in die alten Parteien hineingebracht wird. Wir wollen keine Zersplitterung der republikanischen Kräfte.

Aus der Debatte sind vor allem die beweglichen Klagen der Vertreter aus Sachsen und Thüringen hervorzuheben, die sie gegen die Übergriffe der Reichswehr unter dem Ausnahmezustand erhoben.

Minister Freiherr v. Brandenstein-Weimar sprach über die Zustände in Thüringen: „Was sich dort ereignet hat unter dem Ausnahmezustand, verleihe ich mit dem Vorgehen der Franzosen im Ruhrgebiet. Das Vorgehen der Reichswehr richtete sich in erster Linie gegen die Republikaner, während rechtsgerichtete, republikfeindliche Kreise sich des besonderen Schutzes der Reichswehrgeneräle erfreuten.“

Polizeioberrät Dr. Schühlinger-Dresden ergänzte diese Ausführungen bezüglich Sachsen.

Große Entrüstung riefen die Klagen des Chemnitzer Delegierten Franz hervor. Er sagte: „Was die schwarze Reichswehr in Freiberg in Sachsen an einem Tage für Unheil anrichtete, läßt sich nicht beschreiben. 36 Menschen sind von ihr grundlos getötet worden. Auf der Wache der Reichswehr wurde ein Lehrer bis zum Niederstürzen geprügelt. Menschen mußten barfuß einen fünf Stunden langen Weg neben dem Pferdeherlaufen. (Zuruf: Tritt auch für Thüringen zu!) Ein Arzt in Thüringen, der eine freiwillige Samariterkolonne leitete, mußte auf der Wache der Reichswehr die Spundnäpfe reinigen.“

Unter den Anträgen, die dem neuen Vorstand zur weiteren Behandlung überwiesen wurden, ist von besonderem Interesse ein Antrag der Gruppe Bayern, der die sofortige Aufhebung des bayerischen Ausnahmezustandes, des bayerischen Generalstaatskommissariats und die sofortige Wiederherstellung von Preß- und Versammlungsfreiheit fordert.

Für Thüringen wird ein neuer Landesverband ins Leben gerufen. In Kassel gründete sich eine neue Ortsgruppe, der zahlreiche Mitglieder sofort beitraten.

Devisen-Kurse.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	20. Februar	19. Februar
(In Millionen)		
Amsterdam	1 fl.	1 566 075
Buenos Aires	1 Peso	1 426 425
Brüssel (Antwerpen)	1 Fr.	147 680
Kristiania	1 Kr.	554 610
Kopenhagen	1 Kr.	664 885
Stockholm	1 Kr.	1 097 260
Helsingfors	1 Finn. Mk.	105 785
Rom	1 Lire	181 645
London	1 £	18 054 750
Newyork	1 Dollar	4 189 500
Paris	1 Frs.	179 850
Zürich	1 Frs.	728 175
Madrid	1 Peseta	532 665
Portugal	1 Escudo	144 637
Japan	1 Yen	1 895 250
Rio de Janeiro	1 Milreis	498 750
Wien	1 Kr.	59 351
Prag	1 Kr.	121 695
Jugoslawien	1 Dinar	57 855
Budapest	1 Kr.	147 630
Bulgarien	1 Lewa	32 418

Eine öffentliche Versammlung am Sonnabend abend war überfüllt. Genosse Hünich sprach unter begeistertem Beifall über „Das geistige Deutschland und die Republik“. Seine vorzüglichen, auf hoher wissenschaftlicher und sachlicher Höhe sich bewegenden Ausführungen fanden stürmischen Beifall. Ein an der Diskussion teilnehmender „Böckischer“ erlitt auch durch andere öffentlichen Versammlung am Sonntag nachmittag sprach der demokratische Landtagsabgeordnete Eduard Kimbel über die „kommenden Wahlen“. Polizeioberrät Dr. Schühlinger fand begeisterte Worte für die zahlreich erschienenen Jugend, mahnte sie an ihre heilige Pflicht, in Reich und Glied mit den „Alten“ aktiv sich für die deutsche Republik einzusetzen.

Die dritte Tagung des Republikanischen Reichsbundes bedeutete, wie schon oben erwähnt, einen vollen Erfolg für die Ausbreitung und die Vertiefung des republikanischen Gedankens. An den Freunden der deutschen Republik liegt es nun, tätig mit ganzem Herzen und voller Kraft allzeit gegenüber den Putschisten von rechts und links mit aller Sachlichkeit, wenn es nottut aber auch mit aller Schärfe, gewappnet mit den guten geistigen Waffen der Menschlichkeit und in Gedanken an die hohen Ideale unserer Vorkämpfer für deutsche Einheit und Freiheit und Gerechtigkeit in der Reihe der deutschen Republikaner mitzutreten, damit das Wahngelübde völliger Schein- und Maul-Patrioten allen wahrhaft nationalgesinnten offenbar wird.

Heil! Heil!

SPD. München, 19. Februar. (Eig. Drahtber.)

Unter dem Ehrenvorsitz Ludendorffs hat sich eine deutschösterreichische Studentenbewegung aufgetan, die auf die Hochschulen des gesamten deutschen Sprachgebietes ausgedehnt werden soll. Es handelt sich dabei um die Bildung einer extremen Kern- und Stützgruppe im deutschen Hochschulring zu dem Zweck, alle anderen Tendenzen als die völkischen vom Hochschulring fernzuhalten. — In diesem Zusammenhang interessiert wohl eine maßgebende Zeitschrift in der Dienstnummer des „Völkischen Kurier“, in der kürzlich beurteilt wird, daß gerade die völkischen Museenöhne in München Abend für Abend in einer Reihe von Bierlokalen sich besaufen, wobei das wilde Gröhlen des Schwanengesanges eine Hauptrolle spiele „und von Zeit zu Zeit schwanken stark zerschnittene Gestalten dem Ausgang zu, leichenblau, aber mit letzter Lungenkraft brüllen sie unablässig „Heil! Heil!“ durch das ganze Lokal. Wahrlich heinlich wollen sie ihrer Hoffnung darüber Ausdruck geben, heil nach Hause zu kommen.“ Diese Herren Studenten sind nach einem Schreiben Ludendorffs, in dem er für den angebotenen und angenommenen Ehrenvorsitz dankt, „die Vorkämpfer der völkischen Bewegung, d. h. jener neuen Lebens- und Weltanschauung, die aus den Trümmern des Weltkrieges entstanden ist und das Deutsche Reich stark und frei und zum machtvollen Träger alles Edlen in der Welt machen soll.“

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freizeit, Lübeck und Neulichen Hermann Bauer; für Interate Heinrich Steinhilber, Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Kinderwagen Promenaden- und Klappwagen

in großer Auswahl (12346)



Ferruf 2289 Lübeck Sandsstraße 9

Eisenhof.

Novelle von Theodor Storm.

Schluss.

Als er die Tür zum Saale aufstieß, erblickte er bei dem Nachtstimmer, der durch die Fenster drang, eine weiße Frauengestalt, welche beide Arme ihm entgegenstreckte.

Einen Augenblick nur sah er; dann trat er rasch auf die Erscheinung zu. „Du Heilwig!“ rief er, als eine warme Hand die seine faßte. „Was ist dir? Was hat dich nachts hier nach dem öden Saal hinaufgetrieben?“

Sie blickte ängstlich um sich her. „Die Uhr schlug so fürchterlich; ich wollte zu dir; mir war, als droh dir Unheil hier im Hause!“

Er stützte sie sanft in seinen Armen. „Du träumst, Heilwig!“ sagte er; „was sollte mir in meiner Mutter Haus geschehen?“

— „Ich weiß nicht, Detlev; aber laß mich bei dir bleiben; die Sommernacht geht ja bald herum.“

„Nicht nur die Sommernacht; bleib immer bei mir, Heilwig!“

— „Ja, immer, wenn du es willst.“

Sie führte ihn zu einem der alten Sessel, der noch wie einstens, da sie als Kinder ihn gemeinschaftlich dorthin getragen hatten, vor dem Bildnis seiner Mutter stand; er stellte nach seiner Reife jetzt der Ruhe pflegen. Als er ihr den Willen getan hatte, zog sie eine Fußbank darunter vor und setzte sich zu seinen Knien, den Kopf in seine Hände legend. Und als er dann im Schlummer sanft zu atmen schien, sprach sie wie aus Träumen vor sich hin: „Mein Bruder! Mein lieber Bruder!“

Aber er hatte nicht geschlafen; er neigte sich zu ihr herab und flüsterte: „Mein traut Geschwister!“

Dann wieder hob sie den Kopf ein wenig aus des Bruders Hand. „Wie einsam, Detlev“, sprach sie leise; „es ist doch dunkel; aber ich sehe deutlich deiner Mutter Bildnis: sie blickt uns freundlich an!“

„Ja, Heilwig; sehr freundlich.“

Und dann schwiegen sie. Sie wären fast entschlummert; da horchte Heilwig auf. „Was war das, Detlev?“

— „Ich hörte nichts.“

„Doch! Da ist es wieder; hörst du nicht? Da drinnen rät es an der Kammertüre!“

Der Junker hatte sich aufgerichtet. „Die Tür ist verschlossen“, sagte er.

Es war wieder alles still geworden; sie hörten nichts mehr; es mochte nur der Wind gewesen sein. Heilwig legte wieder das Haupt in ihres Bruders Hände; dann schwiegen beide, ein plötzlicher Schlummer hatte sie befangen.

Aber die Nacht war noch nicht herum, und es schlief nicht alles in diesem Hause. Wäre sonst ein Ohr noch wach gewesen, es hätte draußen im Flur das leise Öffnen der Tür zur Winterstube vernommen müssen; dann ebenso leise unsichere Schritte durch dieselbe bis zur Tür des Saales selbst.

Und über das Saal hinaus, und was dort geschah, davon sprach

merktür hinschreitend, näherte es sich den Schlafenden. Doch erreichte es dieselben nicht; ein dumpfer Schrei, wie aus der Brust eines entsetzten Tieres, durchbrach die Stille der Nacht.

Heilwig war jäh emporgeschrien, als müsse sie mit ihrem Leibe den des Bruders decken; aber es war nicht mehr vorhanden; sie sah nur noch eine taumelnde Gestalt mit beiden Armen um sich greifen und dann in schwerem Fall zu Boden stürzen. Zugleich erschall ein Klirren, als würde eine Waffe über den Fußboden bis zu ihren Füßen fortgeschleudert.

Heilwig hielt mit beiden Armen des Junkers Hals umklammert. „Detlev! Detlev!“ rief sie ihm zu. Er aber antwortete nicht; er hatte sich gebückt und seine Hand griff suchend auf dem Fußboden umher. Als er die Waffe erkannt hatte, die unter ihrem Sessel lag und seine Finger an dem Schlosse rührten, zuckte er zusammen und schüttelte ihn wie Fieberkrampf. Zugleich aber sprang er auf, und den Arm fest um sie legend, rief er Heilwig mit sich in die Kammer und weiter, nachdem er hastig abgeschlossen, durch die Reihe der übrigen Kammern auf den Flur hinaus und hinab die Wendeltreppe.

„Wer war das?“ rief sie, als beide atemlos im Unterhause angekommen waren. „Der wollte dich töten, Detlev!“

„Ich weiß nicht; frag mich nicht, Heilwig; ich will jetzt nur eines wissen! — Über meiner Mutter Erbe werde ich nimmermehr verlangen.“

Er wog das Mädchen wieder mit sich fort, bis in die Schlafkammer der Großmutter, bis an das Bett der schlummernden Greisin.

Sie hörten es nicht, wie draußen über der Zugbrücke eilige Schritte laut wurden, und sahen nicht die fliehende Gestalt, die jenseits derselben unter dem Schatten der Eichen in die Nacht verschwand.

Herr Hennicke hatte recht behalten; der blonde Reiter ist nicht wieder auf den Hof gekommen, so emsig auch Frau Benedikte nach ihm ausgesuchen. Mit erstem selber aber mußte Selkames gefahren sein; denn als, wie hergebracht, die Hausmagd mit der Morgennuppe an sein Bett kam, lag dort ein eisgrauer Mann mit eingesenkenem Antlitz; als sie aber mit Geschrei von dannen fliehen wollte, war es die Stimme ihres Herrn, welche die Närrin erst zurückrief und sie dann samt ihrer Sippe zu allen Teufeln schickte.

Er hat aber wochenlang in der dumpfen Kammer fortgejessen, bis eines Morgens drüben aus dem Dorf zu Eisenhof das Turmgeläute hell herüberdröhnte, das man des dazwischenliegenden Waldes wegen nur selten hat vernehmen können. Da hat er aufgehört und den eben einretirenden Boten gefragt, wer denn begabten würde. Als dieser ihm berichtet, es sei die alte Förstersfrau vom Eisenhof, hat er sich arg erholt, daß man ihm nichts davon vermeldet, dann aber plötzlich nur den Namen „Heilwig“ ausgestoßen und befohlen, ihm sein Pferd zu jatteln. Er ist jedoch nicht fortgeritten; der Hoffnung hat stundenlang das aufgeäumte Tier im Hofe umhergeführt, bis es endlich wieder abgefattet werden mußte. Und ebenso erging es am anderen und am dritten Morgen.

Dann aber eines Tages sah der Rätner Fortkamm, welcher eine kleine Zeit am Hofe blieb, eine große Reitergastalt über

die Zugbrücke nach dem Eckenhof hinaufjagen und dort am Hauke von dem Pferde steigen.

Der Rätner schüttelte den Kopf; er konnte sich nicht denken, was der Mann dort suchte, denn es wohnte niemand mehr darin; seine Greie war zu dreien Malen mit der Morgenmilch ans Haus gekommen; aber immer hatte sie vergebens an die ringsum verschlossenen Türen geklopft.

Auch jetzt ist nichts Lebendiges zu spüren gewesen; selbst die schwarzen Krähen mußten auf Akung fortgeschoben sein.

Der Reiter aber hatte mit einem schweren Doppelschüssel die Haupttür aufgeschloßen. Vom Flur aus hat er die Räume des Unterbaus durchwandert; aber es ist nichts darin gewesen, als nur das stumme Geräth, das einst den beiden Frauen zu ihrem einsamen Leben diente. Als er auf den Flur zurückgekehrt war, ist er vor der Treppe stillgestanden, als müsse er auch hier die Stiegen noch hinauf; er hat aber nur den Fuß auf die unterste Stufe gesetzt und mit heiserer Stimme einen Namen in das Oberhaus hineingerufen. Als ihm von dorther nur ein dumpfer Hall zurückgekommen, hat er, wie von jäher Furcht befallen, das Haus verlassen und ist vom Hofe fortgeritten; aber immer langsamer ist das Pferd gegangen, und immer zusammengelunkerter ist die darauffolgende Gestalt erschienen.

Das alte Haus innerhalb des Ringgrabens lag wieder in seiner stillen Abgeschlossenheit; nur die Krähen, als es Abend wurde, kehrten zurück und lärmten eine Weile, bevor sie sich zum Schlafen in die Eichenwipfel legten.

Herr Hennikes Wünsche hatten sich erfüllt; der Junker Detlev war durch landgerichtlichen Spruch für tot erklärt worden; Frau Benedikte lag unter ihrem schweren Leichenstein. Aber Herr Hennicke ist ein gedrohtener Mann gewesen. Die beiden Töchter, welche sich allmählich zu ein paar breitschulterigen, geizigen Hagestolzen ausgewachsen, wirtschafteten emsig auf dem einen wie auf dem anderen Hofe; sie aderten und ernteten und säeten die Kornfelder ein, ohne daß Herr Hennicke dareingerebet hätte. Niemals hat er mehr ein Pferd bestiegen; aber in bestimmten Zwischenräumen ist er am Stabe nach Eisenhof gewandert. Das Haus hat er nie betreten; aber auf der kleinen Bank unter den Eichen hat er oft gesessen, wie erwartungsvoll das Anlitz dem Hause zugewandt, als ob dort in jedem Augenblick die Tür sich öffnen müsse. Nur wenn vom Giebel plötzlich der Schlag der Uhrklode herabgeschallen, hat er wie erschreckt emporgeschrien; denn die Uhr schlug nach wie vor; er selber hat dem Küster aus dem Dorfe einen hohen Lohn gezahlt, daß er auf dem verfallenen Boden das Wert in ihrem Gange halte. Wenn die Dorfkinde, vom Felde herkommend, hier vorübergingen, haben sie sich schon von ferne die regungslose Greisengestalt gezeigt und heimlich untereinander flüsternd ihren Weg verfolgt; denn ein unsicheres, aber fürchtbares Geräusch ist in den Bauernstuden umgelaufen; es leien die Schattenhände der toten Frau gewesen, die Herr Hennikes Kraft gedroht hätten.

Und so in seiner Einsamkeit ist er bis an die äußerste Grenze des Menschenlebens gelangt. Von Heilwig aber und dem blonde Reiter hat sie jede Spur verloren.

Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 21. Februar.

Die Tuberkulosegefahr.

Die Folgen des Krieges und kapitalistischer Wirtschaft.

Aus der Tuberkulosefürsorge stellt sich uns gezeichnet:

Jedermann ist noch die hohe Tuberkulosesterblichkeit aus den Jahren 1917/18 im Gedächtnis. Auf die Einwohnerzahl berechnet war damals etwa jeder 40. Mensch, der einem begünstigten, tuberkulös erkrankt, und jeder 200. Mensch brachte einem als Bazillenauswerfer die Gefahr der Ansteckung. Glücklicherweise haben sich diese Zustände in den letzten Jahren durch die Hebung der Lebensverhältnisse seit dieser Zeit gebessert, die Sterblichkeit ist fast auf die Hälfte herabgegangen, jedoch wird in dieser Beziehung fast wieder Friedensverhältnisse haben, und zwar die letzten drei Jahre unverändert. Was aber sehen wir heute trotz dieses scheinbaren Rückganges der Tuberkulose?

Erstens einen langsamen Aufstieg der Tuberkulose-Erkrankungsziffer unter den Erwachsenen und daneben eine Zunahme der Kindertuberkulose in den letzten drei Jahren auf das Dreifache. Das ist eine Beobachtung, die zu den ernstesten Überlegungen Veranlassung geben muß. Wir sehen hier die nachträgliche Auswirkung der in den Jahren 1917/18 ungeheuer vermehrten Ansteckungsmöglichkeiten vor uns, der die Kinder, die jetzt im 6. bis 14. Lebensjahr stehen, zum Opfer gefallen sind; denn vornehmlich die Kinder sind es, die für Ansteckung an Tuberkulose empfänglich sind. Derjenige, der die Tuberkulose kennt, weiß, daß sie eine chronische Krankheit ist, die in Jahrzehnten abläuft, und er sieht voraus, daß diese bereits jetzt krank befundenen Kinder, zum großen Teil auf der Schwelle der zwanziger Jahre der Schwindsucht ihren schweren Formen verfallen, zum unübersehbaren Schaden für die Betroffenen und für die Allgemeinheit.

Aufgabe der Allgemeinheit ist es daher, in ihrem eigenen Interesse zu verhindern, daß die einmal erkrankten Kinder später schwindluchtig und selbst wieder ansteckungsfähig werden; dann aber auch muß dafür gesorgt werden, daß die jetzt schwindluchtigen, soweit sie Tuberkelbazillen auswerfen, nicht ungehindert Gelegenheit haben, die Kinder ihrer Umgebung anzustecken. Diese Verhinderung, d. h. die bestmögliche Trennung der Bazillenauswerfer von der gefährdeten Umgebung, insbesondere den Kindern, ist in der heutigen, an Hilfsmitteln armen Zeit der wichtigste Teil aller Tuberkulosebekämpfung; denn sie läßt sich mit verhältnismäßig geringen Mitteln durchführen, zumal wenn alle, auch die Erkrankten selbst, über die Gefahr hinreichend unterrichtet sind und willig die Hand dazu reichen.

Die Möglichkeiten, ansteckende Bazillenauswerfer von der gefährdeten Umgebung zu trennen, sind natürlich zahlreich. Immer nach Lage der Verhältnisse und im Einvernehmen mit den Erkrankten selbst sind Änderungen in deren Haushalten vorzunehmen. Nur unter Berücksichtigung ärztlichen Urteils, am besten in Zusammenarbeit mit den Schwestern der Tuberkulosefürsorge, kann aber eine solche Trennung durchgeführt werden.

Allerdings erfordert die Trennung der Familienmitglieder voneinander auf längere Zeit Geld, jedoch hat ein Ueberschlag ergeben, daß eine Summe von 15—17 000 Mk. jährlich genügen wird, um dem Vergleichen zu steuern. Gesundheitssamt und Jugendamt haben daher in Zusammenarbeit mit der Tuberkulosefürsorge beschlossen, die Deckelbarkeit auf die drohende Gefahr für die Jugend und damit für die weitere Allgemeinheit aufmerksam zu machen und zu reger Mitarbeit aufzurufen.

Jeder also, dem am Gemeinwohl gelegen ist, jeder, der nicht will, daß seine Kinder ein Opfer der Tuberkulose werden, arbeite mit an der Aufklärung der Bevölkerung, arbeite aber auch mit an dem Werk durch Zuweisung von Geldern. Es handelt sich um seine und seiner Kinder eigenste Interessen; denn der Bazillenauswerfer gefährdet nicht nur seine eigene Familie, er geht herum und überall, wohin er kommt, streut er mit seinem Auswurf den verhängnisvollen Samen. Steht der Staat den Willen der Bevölkerung, am Kampfe gegen die Tuberkulose teilzunehmen, wehrt er an der Höhe der gegebenen Geldmittel, so wird er seinerseits sich einer Mitwirkung nicht entziehen können, und das Werk finanziell unterstützen.

Nur eins muß vermieden werden, und hierauf sei als ganz besonders wichtig hincwiesen. Der Kampf gegen die Tuberkulose darf nie und nimmer zu einem Kampfe gegen die Tuberkulose werden! Das haben die Kranken nicht verdient und darf auch nicht beabsichtigt sein. Jeder weiß, daß zwar das Kind für Tuberkuloseansteckung sehr empfänglich ist, daß aber der Erwachsene durch gelegentliches Zusammenleben mit ansteckenden Tuberkulösen nicht gefährdet ist und auch ein dauerndes Zusammenleben für den Erwachsenen, wie das von Ehegatten bekannt ist, nur eine verhältnismäßig geringe Gefahr bedeutet. Wer das beherzigt, wird sich freihalten von einer übertriebenen Furcht vor den Tuberkulösen.

Geldspendungen würden auf das Konto der Tuberkulosefürsorge gestellt bei der Vorschuß- und Sparvereins-Bank unter dem Namen „Tuberkulosekampf“ einzuzahlen sein.

Die organisatorische Kräftezusammenfassung von Gesundheits- und Jugendamt und der Wille, der Verbreitung dieser Volksleuze vorzuziehen, in allen Ehren. Die Ursachen der Krankheit liegen aber tiefer und der Kampf dagegen ist profandischer. Die ungeheure Verelendung des Volkes und die Gesundheitsuntergrabung durch Krieg, Kriegswirtschaft haben neue Krankheitskeime gelegt. Und die neueste Politik der Scharfmacher aller Grade, das ausgehungerte und verelendete Volk in überlange Arbeitszeit bei ungenügender Entlohnung und demzufolge ungenügender Ernährung und Wohnung zu pressen, wird die Gesundheitsgefahren ungeheuerlich vermehren. Wirkliche Hilfe verpricht nur eine konsequent ausgebaute Sozialpolitik, die die jetzige bürgerliche Regierung mit Unterstützung des großen und kleinen Unternehmertums jetzt mit durchsichtigen Klauseln abbaut. Vor allem ist die soziale Hebung der arbeitenden Klassen erstes Erfordernis zur Besserung. Diesem Kampfe der wirtschaftlich Schwachen stellen sich die sich jetzt wieder an der Macht dünkenden Klassen jesuitisch-heuchlerisch, aus reinen Profitinteressen entgegen. Sie hinterreiben hinterläßt das, was durch kümmerliche soziale Hilfe gebessert werden soll. Die gute Arbeit von Gesundheits- und Jugendamt mag objektiv richtig sein, praktisch wird von der kapitalistischen Gesellschaft entgegengesetzte Sozial- und Wirtschaftspolitik getrieben.

Bürgerchaftsfraktion. Freitag, den 22. Februar, abends 6 Uhr: Sitzung im Rathaus. Erscheinen aller Fraktionstollegen wird erwartet.

Mehr Anstandsgefühl! Vom Polizeiamt wird uns geschrieben: Vom Publikum ist vielfach beobachtet worden, daß betrunkene und auch andere Personen ihre Bedürfnisse auf öffentlicher Straße vorrichten. Zum Teil geschieht dies in ganz unanständiger und in der unflätigsten Weise ohne Rücksicht auf den Straßenverkehr. Die Polizeibeamten können nicht überall sein, und daher dies unanständige Verhalten nicht immer verhindern. Sie sind jedoch von neuem angewiesen worden, gegen die betreffenden Personen gegebenenfalls unmaßsächlich vorzugehen und sie zur Besserung anzuweisen. Die in Betracht kommenden Kreise sollten aber selbst sozial Anstandsgefühl aufbringen, daß nicht erst die Polizei einschreiten braucht.

Aufruf wertbeständigen preussischen Notgeldes. Nachdem bereits die Stücke des wertbeständigen preussischen Notgeldes über 4,20 und 2,10 Goldmark aufgerufen worden sind, werden nunmehr im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen die Notgeldstücke des Freistaates Preußen über 1,05 Goldmark = 1/2 Dollar und 0,42 Goldmark = ein Viertel Dollar nordamerikanischer Währung laufend, vom 20. Februar ab zur Einlösung aufgerufen. Die Einlösung erfolgt bis zum 19. März einschließlich.

Rufen links. Ein Prospekt über das republikanische Witzblatt „Rufen links“ liegt unterer heutigen Gesamtauflage bei.

Vorauszahlung auf die Vermögenssteuer. Nach Artikel II § 15 der Zweiten Steuernotverordnung vom 19. Dezember 1923 ist die Vermögenssteuer zur Hälfte bis 29. Februar 1924 zu zahlen. Der Deutsche Industrie- und Handelsstag hat sich dafür eingesetzt, daß dieser Termin hinausgeschoben werde, weil vielen Steuerpflichtigen die Unterlagen fehlen, um die Vermögenssteuererklärung bis zum genannten Termin abgeben zu können. Das Reichsfinanzministerium erklärt jedoch, diesem Wunsch nicht nachkommen und die Vorauszahlung noch weiter befristen zu können, weil das Reich, nachdem es auf sehr erhebliche Anteile aus den Erträgen der übrigen Steuern zugunsten der notleidenden

Länder und Gemeinden verzichtet habe, auf den pünktlichen Eingang der Vermögenssteuer angewiesen sei. Um die rechtzeitige Abgabe der Steuererklärung zum 29. Februar 1924 zu ermöglichen, wird das Ministerium noch in den nächsten Tagen Erleichterungen durch die Presse veröffentlicht.

Angriff auf den Achtstundentag.

Eine Bochumer Baufirma, Dr. Otto, welche auf dem Hochhofenwerk Bauarbeiten ausführt, ist dazu ausersehen, als Vorposten den Achtstundentag auf dem Hochhofenwerk zu befechtigen. Die Rotereianlagen, die erneuert werden, sind von der Direktion des Hochhofenwerks als äußerst dringlich bezeichnet. Dieses haben wir in mehreren Verhandlungen und im Beisein Dr. Links zugegeben. Wir haben weiter zuzureden und vereinbart, wenn die praktische Notwendigkeit es erfordert, daß Überstunden geleistet werden können, aber immer nur im Rahmen des Tarifvertrages. Wir haben weiter zuzureden, falls eine Betriebsstörung mit den Arbeiten verbunden wäre, daß zwei Doppelschichten von je acht Stunden, und wenn es sein müßte, drei Doppelschichten einzuführen werden, so daß Tag und Nacht gearbeitet würde. Das wurde von der Firma abgelehnt mit dem Bemerkten, es wäre eine detaillierte Spezialtechnische Ausführung, daß eine Ablösung der Leute nicht in Frage kommen könne. Die Verantwortung, die der einzelne Maurer zu tragen habe, wäre zu groß, daß die Baufirma die Verantwortung für eine gewissenhafte Ausführung ablehnen müsse, wenn ein Schichtwechsel stattfände. Jeder Fachmann oder Maurer, der nur einvermogen die Kelle hantieren kann, wird darüber lachen. Denn selten gibt es Feuerungsarbeiten wie diese die in ihrer Ausführung so roh und ungeheuerlich hergekehrt werden.

Dieses alles sind auch nur Scheingründe. Die Firma glaubt die Not und Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter dazu benutzen zu können, den 10-Stunden-Tag einzuführen. Weil die Lübecker Bauarbeiter es abgelehnt haben, sind 20 Mann entlassen worden. Wir erwarten von jedem Bauarbeiter die Ausübung der Solidarität. Jede Förderung des Baues wird als Streikbruch betrachtet. Der Vorstand des Bauwerksbundes. J. A. Kleinfeldt.

Verteuerung der Lebenshaltung.

Die Reichsindexziffer für Lebenshaltungskosten beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den 18. Februar auf das 1,04-fache der Vorkriegszeit. Die Steigerung gegenüber der Vorwoche (1,03) beträgt demnach ein Prozent.

Die auf den Stichtag des 19. Februar berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes ergibt gegenüber dem Stande der Vorwoche (115,4) eine Steigerung um 1,8 Prozent.

St.-Annen-Museum. Im Vorraum des St.-Annen-Museums sind zurzeit einige charakteristische Kostüme der letzten zwei Jahrhunderte (1689—1870) aus den Beständen unseres Museums ausgestellt. Ergänzend sind in den Schränken Schmuckstücke und sonstiges Zubehör zur Frauenkleidung ausgestellt.

Stadttheater. Fräulein Hedwig Heß vom Landestheater Neustrelitz wurde dem Lübecker Stadttheater für die kommende Spielzeit als Spielleiterin verpflichtet. — Bei der Erstaufführung des „Simon von Athen“ unter der Spielleitung von Dr. Karl Löwenberg werden die vorfindenden rhytmischen Tänze von Fräulein Alice Zidler einstudiert. Fräulein Alice Zidler, die dem Verband der Dreikönig-Statistiker als Vortänzerin angehört und sich durch ihre Tanzabende harte künstlerische Geltung verschafft hat, hat mit den Vorproben bereits begonnen. Die Musik für die in Frage kommenden Tänze stammt von Herrn Korrepetitor Hans Bernheim.

H. Marmor-Saal. Heiterer Plaut-Abend. Joseph Plaut — er müßte im Konversations-Petition vor Titus Marcus Plautus stehen; Parallelen sind da; Plautus kam unheimlich nach Rom, geriet unter Theater und schrieb Komödien, mit denen er die ganze damalige Welt erregte, er besaß dabei auch ein frisches natürliches komisches Talent und schäpferischen Murreis und gesunde Volksmüchlichkeit.“ Und Plauts Drama, „an Schauspieler namiet ich nicht“ steht dem Bramante des römischen Kollegen an Komik nicht nach; er wird es noch bis zu einem Naß in der Unsterblichkeit des Verikons bringen: „Joseph Plaut, bekannter Tierstimmen-Imitator und Gelanzhumorist“ so oder so ähnlich; aber

Der grüne Jäger.

Von Ernst Schermer.

(Nachdruck verboten.)

An einem wunderschönen Maiabend — es war an einem Sonnabend — standen wir an einem kleinen zuwachsenden Tümpel, der von Knick sichtlich eingeschlossen war und ungefähr eine Stunde von der Stadt entfernt lag. Drüben in dem Weißdorn ließ der rottrübe Wärrer seine munteren Weisen hören. Der Dickkopf trillerte und piffte sich wieder allerlei zusammen. Bald glaubte man eine Droßel, bald eine Grasmücke, dann wieder das Lied eines anderen Sängers zu hören. Hinten im Knick setzte das Rotkehlchen ein! Feiertlich klang sein Lied in den Abend hinaus. Was vermag so ein kleiner Sängler nicht alles in seine Strophen zu legen!

Da schlägt die erste Turmuhr in der Stadt acht. Wie aus weiter Fern: Klingt es leise herüber. Die nächste jetzt ein, und dann trug der Wind die Klänge der Glocken weit über das Land, das in der Blüte des Maies, von der prächtig untergehenden Sonne beleuchtet, dalag. Der Sonntag wurde eingeläutet. Er griffen lanchten wir. Rings umher lehten Vogelstimmen ein. Sie grüßten noch einmal die scheidende Sonne.

Plötzlich erklang eine kräftige Stimme aus dem Tümpel und gleich darauf ein klarer Chor. Die Laubfrösche waren wieder da. Wie in jedem Jahre hatten sie ihr Laichgebiet, den Tümpel, wieder aufgesucht. Vorsichtig näherten wir uns dem Rande. Einen Augenblick verstummt der Lärm. Aber noch klangen die Gloden. Und das ließ den Fröschen keine Ruhe. Sie konnten es doch auch. Da waren sie wieder. Und in ihrem Lärm gingen die Stimmen aller anderen Sängler unter. Es hielt nicht schwer, hier und da einen der Schreier zu beobachten. Im leichten Wasser und auf Schwimmblätern der Wasserlinsen saßen sie. Wie sie ihre Schallbläsen aufblähten! Sie waren leicht zu fassen. Aber wir wollten auch gerne ein paar Weibchen mitnehmen, um sie zu züchten. Das Suchen war vergeblich. Auch der Kächer fürderte nur immer wieder Männchen zutage. Wir waren aber zu früh gekommen. Die holde Weiblichkeit hatte scheinbar noch keine Zeit zum Laichen. Das war nichts Außergewöhnliches, da die weiblichen Laubfrösche gewöhnlich etwa acht Tage später das Wasser aufsuchen.

Doch es ward Zeit, an den Heimweg zu denken. Max und Moriz, unsere beiden Bläler, waren gut verpackt. Auf dem Nachhauseweg hörten wir noch ein paar Laubfröschchen. Auch Frau Nachtigall gab noch ein ergreifendes Ständchen. — Das Los von 99 Prozent aller gefangenen Laubfrösche ist wenig

benedenswert. Die allermeisten sitzen in einem engen, gar zu engen Kästen oder Einmachglas und schauen nach Fliegen aus, die sich — draußen bewegen. Ein gesunder Laubfrosch braucht viel Futter und Bewegung. Weibes wird ihm gewöhnlich vorenthalten. Dafür verlangt man aber von solchem Tierchen ohne Vorbildung die Kenntnisse eines Professors der Wetterkunde. Der arine Jäger soll nicht nur im voraus wissen, daß das Wetter sich ändert, sondern auch dementsprechend seinen Sitz oben oder unten auf der Leiter einnehmen oder noch besser, mit lauter Stimme den Wetterwechsel anlagen. Und die Menschen glauben dann wiederum, ohne Vorbildung, die Fröschsprache zu verstehen, und daher mag es kommen, daß sich beide Teile nicht verstehen, die Menschen die Frösche nicht und umgekehrt erst recht nicht. Die Grünen haben nämlich trotz vielen Nachdenkens immer noch nicht herausgebracht, warum sie eingesperrt werden und sind selber davon überzeugt, daß sie von der Wettervorhersage noch weniger wissen als die klugen Menschen. —

Meine beiden Freunde kamen nicht in ein Glendhäuschen, sondern in ein Freilandterrarium von anderthalb Quadratmeter Größe. In der Mitte lag ein kleiner Tümpel mit Wasserpflanzen, und an Aeltergelegenheit fehlte es auch nicht. Futter gab es in Rülle. Einmal lockten die Pflanzen und Blumen Kerbtiere an, und außerdem die hingelagerten Köder in Form von Käserinden und Fleischresten. Am ersten Tage verhielten sich die Gäste still. Am zweiten begann der Spektakel. Ich kam abends etwas später nach Hause. Es mochte gegen neun Uhr sein. Schon von Ferne hörte ich das Fröschgeräusch, ohne an meine Tiere zu denken. Erst vor dem Hause merkte ich, was los war. „Ach der Schreck!“ Das hätte ich nicht für möglich gehalten, daß meine Laubfrösche solchen Höllenlärm aufführen könnten. Ich verluhte sie zu beruhigen, was mir durch energische Zusprache auch gelang. Als ich jedoch eben im Bett lag, ging der Lärm wieder los. Wie lange er dauerte, kann ich nicht sagen. Ich war trotz alledem eingeklappt.

Am nächsten Mittage wurde ich herausgerufen, ein Schühmann wünschte mich zu sprechen. Das ist an sich immer unangenehm. Ich ließ die letzte Zeit in Witzgeschnelle vorübergleiten, ich wußte wirklich nicht, daß ich irgend etwas Straßbares verbrochen hätte. Ich trat gefast vor den Vertreter der Ordnung. „Haben Sie irgendein Tier in Ihrem Garten, das sehr lärm?“ war die Frage. Ich antwortete: „Wollen Sie bitte einmal mitkommen und selber nachsehen.“ Ich halte zur Zeit keine gepfänderten Sängler!“ — Er kam mit und sah — nichts! — Ich fragte ihn darauf sehr höflich, weshalb und auf wessen Veranlassung er gekommen wäre. Darauf erzählte ich, daß aus der Nachbarschaft heute morgen eine Klage über nächtliche Ruhestörung eingegangen wäre. Im Garten an der Ecke sollte der Unruhestifter ge-

wesen sein. Ich beruhigte den Mann der Ordnung. Er ging nach Hause und ich an mein Freilandterrarium, aber ich fand nur noch einen Burschen, der andere war heidi!

Mein grüner Jäger wanderte nun ins Zimmer und fand in einem großen feuchten Terrarium Unterkunft. Wer beschreibe aber meine Freude, als ich abends den Ausreißer in einem Nachbargarten lärmten hörte! Es fehlte nur noch, daß er den Angeber aufgesucht hätte. —

Der Laubfrosch zeigte bald, daß die neue Wohnung seine gute Raune nicht beeinflusste. Sehr drollig war es, daß er durch Geräusche oder Töne des Klaviers anzuregt wurde, mitzumachen. Er schien dann um alles in der Welt der Laute zu kleben zu wollen, und das gelang ihm meistens, da er ein schöner ausgewachsener Bursche war. Als ich ein: Frau für ihn gefunden hatte und für die Fortpflanzung gründlich gelorgt war, wurden das Ehepaar „abgebaut“. Ich konnte mit dem besten Willen seinen Nachtigallenschlag auf die Dauer nicht vertragen. Hoffentlich war beiden noch ein langes Leben in Freiheit beschieden.

Aus dem Laich entwickelten sich allerliebste, zunächst 7 bis 8 Millimeter lange Larven, die durch ihre gelbe Färbung von anderen Rauquappen leicht zu unterscheiden waren. Als die Tierchen größer wurden, wurden sie grün und erhielten einen pikfeinen Gelbdanz. Ende August verließen die kleinen Frösche in hellgrünem Gewande das Wasser und wanderten auch ins Freie.

Wenn ich einmal im Frühling in ihre neue Heimat komme und einen der grünen Jäger treffe, werde ich mich nach ihrem Schicksal erkundigen.

Wasserkantenhumor. Der Hamburger „Quickborn“ gibt folgende hübsche Geschichte zum Besten: Ein Arbeitsmann von de Kai will mit en lütten Saak ut'n Freehoben no de Stadt rin. En Tollmann höllt em an: „Was haben Sie da?“ — „Dah, dat is man en bitten Fegels (Fegels), Kamintenfuder. Dat is jo tollfree.“ — „Lassen Sie mal sehen.“ — De Gruentrod grippt in den Büdel. Bohoben ligg Ries und Korn, ober dor inner Kaffebohnen, seine Guatemala. Gruentrod höllt den Arbeitsmann de Kaffebohnen inner de Näs und frägt: „Jst das Kamintenfutter?“ — „Gewiß.“, leggt de, „wenn se dat nicht mögen, krieg se gor nig.“

Gerettet. „Warum bin ich noch am Leben?“ war der Titel eines Gedichtes, das neulich einem Schriftsteller zuing. Die Antwort des Schriftleiters war: „Weil Sie Ihr Gedicht mit der Post eingeländt haben, anstatt es persönlich vorzulegen.“ (Daily News.)

In der Erinnerung derer, die ihn gekannt haben, wird er fortleben als ein Künstler, dem die Natur zu dem „goldigen“ Humor ein warmes, mitfühlendes Herz gab, dessen Kunst deshalb so entzückend und lebenswahr empfunden ist. — Mit feiner und musikalisch ausgeglichener Kraft er beispielweise den Stil der Mozartischen Arie „In den Jahren, wo die Stimme“ und mit welcher Berber und unruhiger Grateske veranschaulichte er dagegen den Helden des Berliner Rummel-Plazes. Das föhliche Oratorium in Anrich, das schöne Soldatenlied „Lippe Delmolb“ u. a. waren Glanzstücke im Programm, dem das dichtgedrängte Publikum mit aufmerk-samer Spannung und fröhlicher Begeisterung folgte.

ph Gefunden wurde auf der Holstenbrücke ein Paket, enthaltend einen Weder, einen Bettbezug, ein Bettlaken, ein Konf-lissen, ein Korsett, zwei Schürzen, einen Rock und eine Bluse, sowie Legitimationspapiere auf den Namen der Frau Wilhelmine Wagen geb. Maas. Das Paket ist im Bureau der Kriminal-Polizei abzugeben.

ph Zwei vermählte Mädchen. Seit Sonntag wird die Kon-loristin Marie Caloff, geb. am 23. 12. 06 in Lübed, aus ihrer in der Parchamstraße Nr. 8 befindlichen elterlichen Wohnung ver-mißt. Die Vermählte, die 1,69 Mtr. groß und von schlanker Ge-stalt ist, hat dunkelblondes Haar und braune Augen. Bekleidet war sie mit weißem Filzhut, grau gepulvertem Rock, Sport-Röckchen und grünem Lumper. Des weiteren wird die Konlaristin Ella Hermann, geb. am 30. 7. 06 in Lübed, aus ihrer in der Waren-dorfstraße 31 befindlichen elterlichen Wohnung ver-mißt. Vechtere ist 1,55 Mtr. groß, hat hellblondes Haar und grau-blau Augen. Die Vermählte trug schwarzen Wüschhut, braunen Mantel und staubblaues Kleid. Personen, die über den Aufent-halt der Vermißten jachdienliche Angaben machen können, werden er-fucht, sich im Bureau der Kriminal-Polizei zu melden.

Hinweise auf Versammlungen, Theater u'ro.

Dichterabende. Öffentliche Lesehalle, Mengstraße 28 II. Nächster Vortrag Freitag, den 22. Februar, 8 Uhr: E. Schermer: Aus Timm Kröger's Werken. Die Volkshochschule.

Santa-Theater. Heute, Donnerstag, 7 1/2 Uhr wird die lustige „Dollu“ zum letzten Male gegeben. Freitag, 7 1/2 Uhr gelangt „Meine Frau — Deine Frau“ — Operette in 3 Akten von Ferlet, erstmalig zur Aufführung. Sonntag nachmittags 3 Uhr als Kindervorstellung zu ganz kleinen Preisen: „Mähen-brödel“.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Mord und Selbstmord. Der in der Koh-bergstraße Nr. 28 wohnhafte Maschinenmeister Nicolaus Mahnde wurde mit geöffneter Pulsader am Türnlosten erdarsst vorgefun-den. In dem Bette des M. lag eine unbekannt Frau mit durch-schnittener Kehle tot. — Wie väter feststellte wurde, handelt es sich bei der ermordeten Frau um die Witwe Below, wohnhaft Spaldingstraße 150, mit der Mahnde seit mehreren Jahren ver-heiratet.

Kiel. Begnadigung. Die im April 1923 vom Schwur-gericht in Kiel wegen Mordes und Beraubung zum Tode verur-teilten Brüder Fritz und Rudolf Casimir wurden durch Erlass des Staatsministeriums zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt.

Neubrandenburg. Auf einen fahrenden Zug ge-schossen. Sowohl am Donnerstag als auch am Sonnabend wurde auf den gegen 7 Uhr abends hier eintreffenden Personen-zug von Stettin in der Gegend von Blumenhagen bei Strasburg mit einem Kesseler geschossen. Die Kugel drang jedesmal durch ein Fenster eines Abteils vierter Klasse, landete an den Köpfen der Fahrgäste vorbei und durchschlug auf der entgegengesetzten Seite wiederum die Fensterscheibe, ohne einen Menschen zu ver-letzen.

Das neu geordnete Schlichtungswesen.

Auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 13. Oktober 1923 hat die Reichsregierung bis zur endgültigen gesetzlichen Regelung am 20. Oktober 1923 die in ihren wichtigsten Bestimmungen am 1. Januar 1924 in Kraft tretende Verordnung über das Schlichtungswesen (Reichsgesetzbl. S. 1043) erlassen. Danach sind an Stelle der bisherigen Schlichtungsausschüsse von den obersten Landesbehörden im Einvernehmen mit dem Reichsarbeitsminister neue Schlichtungsausschüsse errichtet worden, die aus einem oder mehreren unparteiischen Vorsitzenden und aus Beisitzern der Ar-beitgeber und der Arbeitnehmer in gleicher Zahl bestehen. Die unparteiischen Vorsitzenden hatten die obersten Landesbehörden nach Anhörung der wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeit-geber und der Arbeitnehmer der Bezirke zu bestellen. Die Beisitzer waren auf Vorschlag dieser Vereinigungen zu berufen. Für größere Wirtschaftsbetriebe hat der Reichsarbeitsminister nach Anhörung der beteiligten obersten Landesbehörden Schlichter be-stellt. Zu diesem Zwecke ist das Deutsche Reich in 20 Schlichter-bezirke eingeteilt worden. Zum Schlichter für den Bezirk Schleswig-Holstein, Lübed, Mecklenburg, um-fassend die Provinz Schleswig-Holstein, den Freistaat Lübed, den Landesteil Lübed und die freistaatlichen Mecklen-burg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz, ist der Direktor der Lübeder Arbeitsbehörde und des Wahlprüfungsamtes, Dr. Vint, Lübed, bestellt worden. Innerhalb dieses Bezirkes sind Schlichtungsausschüsse in Kiel, Neumünster, Flensburg, Schwerin, Rostock und Neustrelitz errichtet worden. Für den Lan-desteil Ragnburg ist in Schönberg eine Zweigkammer des Schlichtungsausschusses Neustrelitz gebildet worden.

Das Schlichtungsverfahren dient der Wahrung des Arbeits-friedens. Schlichtungsausschüsse und Schlichter, die auf Antrag einer Partei oder von Amts wegen tätig werden, haben beim Ab-schluß von Gesamtvereinbarungen (Tarifverträgen, Betriebsvereinbarungen) Hilfe zu leisten, soweit eine vereinbarte Schlichtungswahl nicht besteht oder den Abschluß einer Gesamtvereinbarung nicht herbeiführt. Einzelstreitigkeiten unterliegen dar-nach grundsätzlich nicht mehr der Zuständigkeit der Schlichtungs-ausschüsse oder der Schlichter. Sie sind bis zur Errichtung allge-meiner Arbeitsgerichte den Kammer- und Gewerbegerichten über-wiesen worden. Wo jedoch solche nicht bestehen, gilt der Schlichtungsausschuss verständig als Arbeitsgericht. Die Schlichter übernehmen die Schlichtung in Fällen, die für das Wirk-tsamleben von besonderer Wichtigkeit sind. Der Reichsarbeits-minister kann für den einzelnen Fall einen besonderen Schlichter bestellen. Die Zuständigkeit der Schlichtungsausschüsse richtet sich grundsätzlich nach dem Beschäftigungsart der Arbeitnehmer. Die Parteien können jedoch abweichende Vereinbarungen über die Zuständigkeit treffen. Der unparteiische Vorsitzende des Schlichtungsausschusses oder der Schlichter hat zunächst zu versuchen, den Abschluß einer Gesamtvereinbarung herbeizuführen. Gelingt ihm dies nicht, ist die Sache unter keinem Vorbehalt einer Schlichtungskammer zu verhandeln. In dieser Kammer sind in der Regel je zwei Beisitzer der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zu berufen. Beisitzer können nur deutsche Reichsangehörige sein, die das 21. Lebensjahr vollendet haben und im Bezirke des Schlichtungsausschusses ihren Betriebsort haben, mangels eines solchen, ihren Wohnort haben oder beiderseitig sind. Der Schlichter kann Beisitzer, die er zur Sitzung einer Schlichtungskammer berufen hat, mit einer Ordnungsgeldstrafe bestrafen, wenn sie ohne ge-zündete Entschuldigung nicht oder nicht rechtzeitig erscheinen oder zu ihren Obliegenheiten in anderer Weise entgegen, z. B. wenn sie sich an der Abhaltung nicht beteiligen. Kommt auch nur der Schlichtungsausschuss keine Einigung zustande, so fällt er eines

Schiedspruch. Dieser hat die Bedeutung eines Vertragsvorschla-ges. Wird er von beiden Parteien angenommen, so hat er die Wirkung einer schriftlichen Gesamtvereinbarung. Das gleiche gilt, wenn der Spruch auf Grund gesetzlicher Vorschriften oder einer Vereinbarung bindend ist. Wird der Spruch nicht angenommen, so kann er auf Antrag einer Partei oder von Amts wegen für verbindlich erklärt werden, wenn die in ihm getroffene Regelung bei gerechter Abwägung der Interessen beider Teile der Billig-keit entspricht und ihre Durchführung aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen erforderlich ist. Die Verbindlichkeitserklärung dient also nicht so sehr der Durchsetzung der Forderungen der einen oder anderen Seite, als vielmehr der Abwendung drohen-der wirtschaftlicher oder sozialpolitischer Schäden von der Allge-meinheit. Für die Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruches eines Schlichtungsausschusses ist seit dem 1. Februar der Schlichter zuständig, in dessen Bezirk der Geltungsbereich der vorgeschla-genen Gesamtvereinbarung wesentlich liegt. In den übrigen Fällen ist der Reichsarbeitsminister zuständig. Die Verbindlichkeitserklärung erhebt die Annahme des Schiedspruches. Sie stellt eine mit wirt-schaftlichen und sozialpolitischen Notwendigkeiten gerechtfertigte Ausnahme von dem Grundsatz der Vertragsfreiheit dar, mit dem Ziel, dem drohenden Interessenkampf vorzubeugen und Schäden von der Allgemeinheit abzuwenden. Vor der Entscheidung sind die Parteien zu hören. Eine Einigung ist erneut zu versuchen. Die nach mündlichem Einigungsversuch ergehende Entscheidung ist endgültig.



Sie

klagen über schwere Zeiten, über mangelnden Verdienst und Arbeitslosigkeit. Sie

müssen

Ihre Geschick selbst in die Hand nehmen und dürfen nicht un-tätig warten, bis andere Ihnen helfen. Die Stunde fordert

sofort

Ihre Entscheidung. Es kann und darf kein Schwanken geben. Die bürgerliche Presse wahrt Ihre Interessen nicht. Sie vertritt das Kapital, den Grundbesitz,

den

„Volksboten“ aber, der für alle Werktätigen und Unterdrückten seit Jahrzehnten kämpft, der für die Invaliden, für die Kriegsofer und für alle, die unter der kapitalistischen Wirtschaftsordnung leiden, eintritt, haben Sie bisher vergessen. Im

„Volksboten“

finden diese Volkschichten einen guten Berater und wirksamen Förderer ihrer Interessen. Er bietet Ihnen alles, was Sie von einer modernen Tageszeitung fordern können. Er ist das Blatt des arbeitenden Volkes. Vergessen Sie nicht, neue Abonnenten für den „Volks-boten“ zu werden und denken Sie selbst daran, recht-zeitig den „Volksboten“ zu

bestellen.

Wenn jeder unserer Freunde und Genossen seine Pflicht tut, dann werden auch die schwersten Stürme der Zeit von der Arbeiterchaft überwunden werden.

Postbezieher

unserer Zeitung müssen ihr Abonnement für März sofort, spätestens aber bis zum 25. Februar, er-neuern, weil bei späterer Bestellung eine Verteuerung des Bezuges eintritt.

Deutscher Metallarbeiterkongress.

SPD. Kassel, 19. Februar. (Eig. Drahtber.)

Die Verhandlungen des Metallarbeiterkongresses begannen am Dienstag mit einem Referat von Brandes vom Haupt-vorstand über „Die Gewerkschaften und die Sozialpolitik“. Statt eines Ausnahmes der Sozialpolitik, wie ihn die Not der arbeiten-den Bevölkerung verlange, mache sich jetzt ein Rückschritt bemerk-bar. In den Reihen der Unternehmer wünsche man einen starken Abbau der sozialen Fürsorge, was einen heftigen Widerspruch der Arbeiterchaft hervorgerufen müsse. Der Redner schildert ein-gehend den Ausbau der sozialen Fürsorge und des Arbeiter-kongresses in den ersten Nachkriegsjahren. Außenpolitischer Druck, die Differenz großer Teile der Arbeitermassen und nicht zuletzt der Bruderkampf in der Arbeiterchaft hätten verhindert, die papiernen Bestimmungen der Verfassung lebendig werden zu lassen. Die Arbeiterchaft verlange gegenüber dem Unternehmern gleiches Recht, in der Erkenntnis, daß die menschliche Ar-beitstrast die wertvollste Substanz sei. Ein Abbau der Sozial-politik werde verhängnisvoll für die deutsche Wirtschaft sein. Nicht Abbau, sondern Aufbau der Sozialpolitik müsse gefordert werden. Das Reichsarbeitsministerium sei zu einem Ministerium für die Unternehmer geworden. Zum Referat von Brandes legte der Vorstand eine Entschlüsselung vor, in der die Forderungen der Arbeiterchaft auf Ausbau der Sozialpolitik umrissen sind.

Den Bericht der Redaktion der „Metallarbeiter-Zeitung“ er-kundete Redakteur Kummer. Bei der Beurteilung der Tätigkeit der Redaktion müsse man berücksichtigen, daß die Redaktion unter Verpfändung auf ein bestimmtes Programm gewählt worden sei und auch Pflichten gegen die Internationale zu erfüllen gehabt habe, weil die „Metallarbeiter-Zeitung“ das einzige größere De-

gan der „effernen Internationale“ sei. Vieles habe nicht durch-geführt werden können. Den in vielen Anträgen enthaltenen Vor-wurf „hegerischer und verleumderischer Schreibweise“ wies Kummer zurück; die Entschlüsselung der Opposition, die die Entlastung der Redaktion fordert, zerpfändete er. Der Heranbildung des Nach-wuchses habe die Redaktion größte Aufmerksamkeit gewidmet. Die Redaktion habe sich in ihrer Gesamteinstellung bemüht, die Massen in sozialistischem Sinne aufzuklären.

Für die Ausschüsse werden jeder Fraktion drei Redner zu-gebilligt mit einer Redezeit von einer Stunde, drei Viertel-Stunde und einer halben Stunde; der Vertreter der USP. er-hält halbstündige Redezeit. Als erster Diskussionsredner spricht Schumann-Halle (SPD). Dikmann habe keinen Weg gezeigt, um aus dem Elend herauszukommen. Die sozialen Einrichtungen seien zunichte geworden. Der Redner greift den Reichspräsidenten an, weil er den Ausnahmezustand nicht aus eigener Macht auf-gehoben habe, auch Moskau nicht nochmals herhalten. Dem Ge-nossen Siering wirft er als preussischen Handelsminister vor, daß er durch Erhöhung der Kohlensteuer den Unternehmern unge-heure Gewinne zugeschanzt habe. Dikmann habe nicht gearbei-tet, wie er es in Stuttgart versprochen habe. Der gewerkschaft-liche Kampf müsse zum politischen Kampf werden; an Stelle der Diktatur des Kapitals müsse die Diktatur der Arbeiterchaft ge-setzt werden. Die Schaffung von Industrienerbänden sei im Interesse der Gesamtarbeiterchaft notwendig. Die Kommunisten forderten ihre Anhänger auf, in den Gewerkschaften zu verblei-ben. (Lebh. Widerspruch.) Sozialdemokratie und USP. greift der Redner scharf an wegen des Ermächtigungsgesetzes. Dikmann sei in das Schlepptau des USP. genommen worden. Bei den jähen Angriffen Schumanns gegen Dikmann kam es unter den Delegierten zu heftigen Auseinandersetzungen.

Nachmittags-sitzung.

Als nachträglich eingetroffene Gäste begrüßen die Tagung Labe-Paris im Auftrage der französischen Metallarbeiterchaft, die in scharfem Kampf gegen Imperialismus und Militarismus stünde. Für den Internationalen Metallarbeiterbund sprach Ig-Bern: Bei der Ruhrbesetzung habe die Internationale verlangt, ebenso bei der gegenseitigen Unterstellung bei großen Streiks. Das sei eine Folge der riesigen Arbeitslosigkeit in allen Ländern. Großmann vom USP. von den Kommunisten mit allerlei Zwischenrufen begrüßt, übermittelt den Wunsch des Bundesvorstandes, daß die Tagung des Metallarbeiterverbandes der ge-samten Arbeiterchaft zum Vorteil gereiche. Als Vertreter der USP. erklärt Himmelfahrt-Berlin, daß seine Partei kein Ver-trauen zu den Verbandstagen habe. Seine Ausführungen lösten teilweise kürzische Heiterkeit aus. Er kritisiert Scheide-mann und ergeht sich in Angriffen gegen die Sozialdemokratie und erklärt schließlich, daß sich die USP. die Ausführungen Schu-manns völlig zu eigen mache. Eine Einigung sei nur möglich, wenn sich der Metallarbeiterverband wieder zu einer Kampf-organisation umstelle; die jetzigen Führer seien ungeeignet.

Blowitsch-Tresden (SPD): Nicht Parteizugehörig-keit komme in Frage, sondern die Amtsdauer und Moskauer Gewerkschaftsrichtung. Die wichtigste Aufgabe des Verbands-tages sei, Richtlinien zu schaffen für die unmittelbaren Aufgaben. Die Gewerkschaften sind bisher ihren Weg zwangsläufig gegan-gen und werden ihn auch weiter zwangsläufig gehen müssen. (Sehr richtig!) Von den Kommunisten oftmals unterbrochen, weist der Redner die Angriffe Schumanns auf den Reichsprä-sidenten zurück und verurteilt die Aufspaltung der Arbeiterchaft durch Flugblätter. Die Politik der Gewerkschaften sei heute dieselbe wie früher. Mit einem großen Teil der kommunistischen Gewerkschaftsmitglieder lasse sich durchaus gut arbeiten, aber zurückgewiesen werden müsse die Geflossenheit der Kommunisten, alle diejenigen, die nicht auf Moskau schwören, als Arbeiterver-räter und Unternehmerraskaien zu kennzeichnen. (Sturm. Zuck.) Um den Unternehmern mit aller Energie entgegenzutreten zu kö-nnen, sei innere Geschlossenheit und Disziplin notwendig. Partei-politik dürfe nicht über Gewerkschaftsbeschlüsse gestellt werden. (Lebh. Beifall.)

Sport.

Ein neues Arbeitsamt, Schneider, Koop & Co.

In Erläuterung des Artikels des Genossen Sternberg in der Ausgabe vom 11. 2. können wir von der Freien Sportvereinigung aus diese Zeilen nur bekräftigen und möchten noch hinzufügen, daß diese Aufklärer sich gerade immer unsern Verein anschauen. Wir können uns das aus dem Grunde wohl erklären, das wir eben als spiel-arte Mannschaft in der Arbeiterportbewegung hier in Lübed stehen. Der E. S. V. würde, wenn er es fertig brähe, der Freien Sportvereinigung die besten Kräfte zu entziehen, ein großes Freudenfest veranstalten. Der erste Fall ist bis zur Klä-rung geschleiert. Mit dem Gen. E. hatten sie mehr Glück. Doch können sie mit diesem keinen Blumentopf mehr gewinnen, auch die neuen Schuhe werden das Rennen nicht mehr machen. Uns sollte weiter garnicht wundern, wenn dieser Genosse in Kürze in seinen alten Beruf (Maurer) zu dem Riffenführer Dinter überbede. Ja, sie sind wohl in der Lage, Arbeiterportler in Arbeit zu bringen und auch zu nehmen, jedoch sind sie nicht fähig einen tatsäch-lich überzeugten Arbeiterportler zu lapern. Wir nehmen auch an, daß der Gen. Seifert sich noch selbst erklären wird, da ja er der-jenige sein sollte, als Reklame für den E. S. V. die verlorenen Verbeeren wieder aus dem Feuer zu holen, um dem Verein den alten Ruf wieder zu verschaffen.

Wir vom Verein würden es begrüßen, wenn diese Angele-genheit bei dem Amt für Leibesübungen auf dem schnellsten Wege ihre Regelung finden würde, damit endlich einmal dieser Kuh-handel der bürgerlichen Sportfunktionäre ein Ende nimmt.

Freie Sportvereinigung Lübed. Der Spielausschuß.

Bezirkssturmaa.

Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß am Sonntag, dem 21. Februar 1924, morgens 9 Uhr in Lübed, Arbeiter-Sportheim, Hurdestraße, der diesjährige Bezirkssturntag stattfindet. Ein Ver-treter des Kreises wird wegen der geplanten Neuorganisation er-scheinen.

Pflicht aller dem Bezirk angeschlossenen Turnvereine sowie der geladenen Sportvereine ist es, mindestens einen Delegierten zu dieser Tagung zu entsenden. Der Bezirksvorstand. J. Wirthel.

Vermischte Nachrichten.

Drei Knaben eingebrochen und ertrunken. Aus Gieken wird gemeldet: Beim Betreten der zugezorenen Lahn brachen mehrere Kinder ein. Drei Knaben im Alter von 9 bis 14 Jahren er-tranken, während zwei weitere im letzten Augenblick gerettet werden konnten. Militär ist zum Sprengen des Eises herangefahrt worden, damit die Nachforschungen nach den Er-trunkenen fortgeführt werden können.

Liebe und Theaterkritik. Auf den bekannten Berliner Theaterkritiker Alfred Kerr wurde im Grünwald ein Heberfall verübt. Der Anschlag konnte jedoch vereitelt werden. Die Täter, zwei Männer, wurden verhaftet. Das Verhör eines der verhafteten Täter ergab, daß diese von einem Herrn gedungen waren, der einer an einer kleinen Berliner Bühne angestellten Schauspie-lerin nahesteht. Es soll sich um einen bekannten Staatsbeamten handeln.

Blutigen einer Wahnsinnigen. Wie aus Jittau gemel-det wird, knitt dort die Frau des im Kriege vermissten Arbeit-ers Rühly ihrem 20jährigen Sohn nachts die Kehle durch. Ihren zweiten, 16 Jahre alten Sohn veruchte sie mit einem Beile zu erschlagen. Er ermachte jedoch rechtzeitig, konnte den Schlag ab-

wahren und wurde nur verwundet. Er flüchtete in die Küche und von dort zu Hausbewohnern, die die Polizei benachrichtigten. Als diese in der Wohnung der Frau eintraf, fand sie die Frau mit einem Schnitt im Halse am Boden liegen. Die Mutter und der jüngere Sohn wurden ins Krankenhaus geschafft. Der älteste Sohn war bereits tot. Die Frau hat die Tat wahrscheinlich in einem Wahnsinnsanfall verübt.

Eine Falschgeldfabrik ausgehoben. In den letzten Dezembertagen des vorigen Jahres tauchten plötzlich in Detmold Nachrichten von der Ippischen Landesbank herausgegebenen wertvollsten Notgedruckten Beträge von 1/2 und 1 Mark auf. Die Verbrecher konnten jetzt verhaftet werden. Der Hauptbeteiligte ist ein junger Lithograph namens Klaus, der in der Werkstatt seines Vaters, eines Schneidemeisters in Hiddelen bei Detmold, und mit dessen Unterstützung die Falschgeldstücke anfertigte und dann selbst oder durch seine Eltern in den Verkehr brachte. Die zur Herstellung dienenden Platten, das sonstige Material und halbfertige Geldscheine wurden beschlagnahmt.

Todessturz eines Fliegers. Der Fliegerleutnant Gott ist vorgerstern bei Follstene aus einer Höhe von 200 Metern tödlich abgestürzt.

Neue Bücher.

(Alle hier besprochenen Bücher sind durch die Buchhandlung des „Lübecker Volksboten“ zu beziehen.)

Satan und andere afrikanische Geschichten von Hans Anton Achenborn, Verlag Kosmos, Gesellschaft der Naturfreunde, Stuttgart. Das sind spannende Erzählungen, die der Nacerrmann aus Südwestafrika schreibt. Geschichten, die nicht erfunden, sondern erlebt und gefühlt sind. Ein Versehen zwischen Mensch, Tier und Natur, ein Hineinleben in das Dasein fremden Weltens, in all seiner Mannigfaltigkeit und Eigenart spricht aus dem Worte Achenborns. Da ist Handlung von der ersten bis zur letzten Zeile. Satan, des ungebärdigen Afrikanerhäftlings Herren- und Eigensinnswille versteht den Feind ebenso in Revident, wie das schlaue Leoparden Onque Schliche Bewunderung erregen. Neben Tieren und anderen lebendigen Schilderungen aus dem bunten Tierleben Afrikas ist die ethnographische Studie aus dem Völkermannleben: Cham-lahui sehr bedeutungsvoll. In den acht Kapiteln führt uns der Verfasser, der nebenbei ein famoser Zeichner ist, ein Stück Südwestafrikanischen Lebens vor, das in seiner prägnanten Fassung äußerst fesselnd wirkt. Insbesondere wird die reifere Jugend viel Freude und Gewinn daran haben. 16 Rostbilder und zahlreiche Zeichnungen ergänzen den Text.

Prof. Immanuel Herrmann: Das neue Vaterunser. Kein hilfloses Gebet, sondern ein Vorschlag zur tätigen Arbeit. Verlag: Volksbuchhandlung G. m. b. H., Jena. So fernig wie der Druck des schmalen Bändchens ist sein Inhalt. Erwachen im Schlachtfeld vor dem Feind stellt es an Stelle religiöser Lippenbekenntnisses das mannhafteste Gelübde zielbewussten Handelns auf ethischer, demokratischer, sozialistischer, weltbürgerlicher Grundlage. Ein erschütterndes, lebendiges Zeugnis umbrändert das Bekenntnis eines aufrechten Menschen, der den bittenden Sinn anerzogenen blinden Glaubens in den kategorischen Imperativ menschlichen Willens und Sollens umgibt. Kein Kampf gegen die Religion — siehe Lessing —, sondern aus der Tiefe religiöser Menschheitsfühls quillt die Kraft, handelnd zu erstreben, was bittend nur leeres Wort bleibt. Ein Quell unerschöpflicher tatheilsender Gedanken sprudelt aus des Verfassers menschlichkeitsliebender Brust, fordert Hingabe jedes einzelnen zur Vereitigung aller Heuchelei, unerwünschter Duldbarkeit, Feilschungsvertrübung. Ein Glaubensbekenntnis, das jeden Freiheitsmann und vor allem jeden Sozialisten begeistert und kampfermutigt.

Weitere Besprechung vorbehalten:

Dr. D. Hauser: Dort wo der Menschheit Wiege stand. Thüringer Verlagsanstalt und Druckerei G. m. b. H., Jena.

Dr. D. Hauser: Die Entwicklung der Menschheit. Mit 9 Abbildungen. Thüringer Verlagsanstalt und Druckerei G. m. b. H., Jena.

Dr. D. Hauser: Urwelttiere. Mit 11 Abbildungen. Thüringer Verlagsanstalt und Druckerei G. m. b. H., Jena.

Oda Döberg: Der Faschismus in Italien. Thüringer Verlagsanstalt und Druckerei G. m. b. H., Jena.

Kurt Klamber: Neue Saat. Gedichte. Verlag: Volksbuchhandlung Jena.

Allerlei Wissenwertes.

Bitteres von der Grippe. Die Grippe stellt sich als missliebiger Gast in den letzten Wochen wieder öfters ein, wenn sie auch alljährlich nicht jene furchtbaren Formen annimmt, wie in der Zeit kurz nach dem Kriege. Damals glaubte man, daß mit dieser Krankheit eine ganz neue furchtbare Geißel der Menschheit erkundet sei. Aber gar bald erkannte man, daß es sich um eine Epidemie handelt, über die wir schon seit Jahrhunderten unterrichtet sind. Der bekannte Historiker der Medizin Dr. Erich Eicken hat in der Zeitchrift „Das deutsche Buch“ interessante Mitteilungen über die Geschichte dieser Krankheit gemacht. Schon im Jahre 1580 treffen wir auf eine Epidemie, der sog. „Schlafkrankheit“, die nichts anderes war als unsere heutige Gehirn-grippe. Diese besonders gefährliche Form der Grippe wurde in London in den Jahren 1774—75 beobachtet und geschildert. Kein Begründer als Isaac Newton machte damals mit ihr Bekanntschaft. Der Name „Grippe“, der damals auftritt, kommt von dem Wort „grippe“, d. h. angreifen, befallen. Die Grippe erzielt also ihren Namen davon, daß sie ganz plötzlich den Menschen angriff, packte. Seit 1733 erscheint daneben der Name „Influenza“, der soviel wie Einfluß bedeutet. Dabei ist ursprünglich an den Einfluß der Gestirne auf die Gesundheit des Menschen gedacht. Diese „Influenza“ tritt dann im 18. Jahrhundert vielfach auf. So schreibt Nichtenberg 1775 aus London: „Es ist ein sehr großes Sterben hier, und manche Leute sind äußerst ängstlich.“ In den folgenden Jahren war Deutschland von der Grippe heftig heimgesucht. So berichtet Herzog Karl August aus dem Februar 1782 von Gera: „Nicht acht Worte gelb und bleich umher und fließt an sich herum.“ Die Hofdame Fräulein v. Götthausen schreibt Ende Mai desselben Jahres: „Da ist eine verflucht verzuchte Seuche losgefallen, die ein unheiliger Sturm von Afrika über ganz Deutschland gejaht haben soll und deren Geißel keines Menschen Kind entgeht.“ Sie selbst wendet „unter kaum Erwähnen, Kranke oder im Begriff krank zu werdenden Schatten umher“ und kommt sich vor „wie ein armer Teufel in der Ba-

Wetterbericht der Deutschen Seewarte.

Vorherlage für den 21. und 22. Februar.
Aussicht nach West, dann steigende Temperatur, vorwiegend wolfig bis trüb, streichweise Nebel, ohne wesentliche Niederschläge.



ERKLÄRUNG.

o wolkenlos o heiter o halbbedeckt o wolfig o bedeckt * Regen * Schnee = Dunst
o Nebel o Still o sehr leicht o leicht o schwach o mäßig o frisch
o stark o stürmisch o voller Sturm. Die Pfeile zeigen die Richtung der Winde.
Die eingekreisten Linien (Isobaren) verbinden die Orte mit gleichem Luftdruck.
Die eingekreisten Linien (Isothermen) verbinden die Orte mit gleicher Temperatur.
Die eingekreisten Linien (Isohyeten) verbinden die Orte mit gleichem Niederschlag.

taufe, neben dem Freund und Feind fällt und der sich auch jeder Augenblick einer Musketenkugel verzieht.“

Im selben Jahre erkrankte Schiller besonders heftig, so daß er nach der Aufführung der „Räuber“ in Mannheim in sehr schlechtem Zustande nach Stuttgart zurückkehrte. Damals rückte Kant eine „Nachricht an Verze“ in die „Königsberger gelehrte und politische Zeitung“, und zwar zu dem Zwecke, um dieser Krankheit, die nicht durch die Luftschleimigkeit, sondern durch bloße Ansteckung sich ausbreiten scheint, so weit als möglich nachzuspüren“. Kants Anbahnung, daß die Krankheit durch „schädliche Insekten“, die durch den russischen Handel nach dem westlichen Europa kämen, erzeugt würde, fand die Zustimmung des Wiener Medizinalkollegiums. In Paris kam damals ein Gassenbube, dessen Refrain lautete: „Die Grippe ist Mode in Paris“. Der nächsten großen Influenzaepidemie, die in den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts durch Europa zog, fiel Chamisso zum Opfer. Kurz nach der Erkrankung, im Jahre 1833, dichtete er ein Sonett mit der Ueberschrift „Nach der Grippe“. An den Folgen der heimtückischen Krankheit starb er dann 1838. Bei der nächsten großen Epidemie, die von 1889—91 tobte, sammelte der Breslauer Insektenforscher Richard Pfeiffer die Erfahrungen, mit deren Hilfe er den Pfeifferischen Bazillus entdeckte. Seitdem wissen wir, daß die Grippe zu den Infektionskrankheiten gehört.

Marktberichte.

Getreide. Hamburg, 20. Februar. Bericht des Vereins der Getreidehändler der Hamburger Börse. In- und ausländische Offerten waren erhöht, so daß der Markt in fester Haltung verkehrte, ohne daß sich ein lebhafteres Geschäft entwickeln konnte. (Weizen in Rentenmarkt per 1000 Kilogramm. Rentenmarkt 4,20 = 1 US-Doll.) Weizen 162—166, Roggen 140—144, Hafer 116—122, Winter- und Sommergerste 159—170, (ab inländischen Stationen einchl. Vorpommern), ausländische Gerste 170—174, Mais 178 bis 182 frei Kaimaggon. Delftuchen ruhig bei unveränderten Preisen.

Futtermittel. Hamburg, 20. Febr. Mais loco in Rentenmarkt 9,00. La-Plata-Mais, Juli-September, in Rentenmarkt, 8,00; Reisfuttermehl (24cr.) März, 1,95 Dollar; Polstuch, März, in holländ. Gulden, 7,40; Inlandswollenteile, loco, in Rentenmarkt, 4,65; Gerste, loco, in Rentenmarkt, 8,60. Tendenz: fest.

Sen und Stroh. Hamburg, 20. Februar. Im Großhandel stellt sich der Preis für: Weizenheu, loco auf 1,70 Mk., do. gepreßt auf 2,70 Mk.; Getreidestroh, gebündelt auf 0,75 Mk., do. gepreßt 0,90 Mk.; alles je Zentner in Rentenmarkt frei Waagon inländischer Verladung, excl. Deckenmiete. Tendenz: ruhig.

Kohlen-Interke

12202) Koks, Kohlen, Briketts, Holz.
Geibelplatz, Telefon 3605, 3606, 3607.

Lübecker Volksbote.

Hiermit bestelle ich den „Lübecker Volksboten“ zum Preise von wöchentlich 45 Pfg. zur freien Zustellung ins Haus.

Name: _____
Wohnung: _____

Amtlicher Teil

Biehseuchenpolizeiliche Anordnung.

Im Erweiterung seiner Viehseuchenpolizeilichen Anordnung vom 13. Februar 1924 ordnet das Gesundheitsamt auf Grund des § 40 des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (RGBl. S. 519) folgendes an:

In der Stadtgemeinde Lübeck einschließlich der eingemeindeten Gebiete dürfen Hunde nur frei umherlaufen, wenn sie mit einem Maulkorb, der das Beißen verhindert, versehen sind und unter gewissenhafter Ueberswachung stehen. Zumberhandlungen gegen die vorstehende Bestimmung werden nach §§ 74 und 76 des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 bestraft.

Lübeck, den 20. Februar 1924.
12381) Das Gesundheitsamt.

Ausschreibung.

Die Uebernahme der Leichenüberführungen nach den Friedhöfen durch Kraftwagen soll vergeben werden. Bedingungen können im Bureau, Mengstraße 6, I. Stock, Zimmer 2, eingesehen werden. Angebote sind bis 23. d. Mts., 8 Uhr vormittags, bei uns einzureichen.
12373) Die Friedhofsbehörde.

Nichtamtlicher Teil

Verkauf einer Scheune auf Abbruch.

Am Mittwoch, dem 27. Februar, vorm. 11 Uhr, wird im Weil. Geist-Hospital, Weidplatz 9, eine Redachscheune des Hofes Strecknig öffentlich meistbietend auf Abbruch verkauft. Die Besichtigung ist nach Anmeldung bei dem Postverwalter gestattet. Die Verkaufsbedingungen liegen im Geschäftszimmer, Weidplatz 8, täglich von 9—1 Uhr zur Einsicht aus. (12362)

Die Vorsteherhaft des hell. Geist-Hospitals.

Saubere Frau sucht in d. Abendstund. Beschäft. Verkauf. (12365) Ana. u. G 702 a. d. Gp. (12369)

Arbeit-Radf.-Bund

„Solidarität“

Ortsgruppe Lübeck.
Am Dienstag, 19. 2. 24 mittags 12^{1/2} Uhr entlicher Samst unter Genosse

Heinrich Wienk

Ludwigstr. 69.
Beerdigung am Sonnabend, 23. 2. 2^{1/2} Uhr Vorwerk Friedhof. Der A. H. Verein wird dem Genossen ein stetes Andenken bewahren.
N.B. Gen. sammelt sich 2 U. b. Feldstr. 12356) D. Vorstand.

Dankagung.

Allen denen, die unserer lieben Entschlafenen die letzte Ehre erwiesen, ihren Sarg so reich mit Kränzen schmückten, Herrn Hauptpastor Reimpell für seine tröstlichen Worte, sowie den Angehörigen u. Arbeitern des Hochenerwerks und dem Totenverein „Nur in Kunde“ unseren herzlichsten Dank. (12355)

Otto Kleinfeldt,

John Dechau und Karl Kleinfeldt und Familie.

Ältere Frau sucht leeres Zimmer, sof. a. liebsten in der Stadt. (12342) Johannesstr. 47, pt.

Alte Angeliude zu kaufen gesucht. (12352) Ana. u. G 700 a. d. Gp.

Weiße Kinderwagendecke zu verkaufen. (12378) Dankwartstraße 63, II

Sportwagen billig zu verkaufen. (12361) Lünenhagen 26, 3

Tausche Koks für Kartoffeln. (1239) Ana. u. G 704 a. d. Gp.

G. H. Sportwagen zu verkaufen. (12386) Wandorferstr. 15, pt.

Gr. Grammophon mit Platten z. ff. gel. (12351) Ana. u. G 701 a. d. Gp.

Gesucht eine kleine saubere Kasse. (12358) Lünenhagen 26, 3.

2 flotte Damenmaskenformine billig zu verm. (12463) Mittern. 46, II, I.

Neues Dam.-Maskenformin zu vermieten. (12357) Kottwitzstr. 52, II.

Einerbier.

Abt. von 4—6 U. (12376) Brauerei Stamer

Hersteller: Urban & Lemm, Charlottenburg.
Vertreter: J. Duncelmann, Lübeck, Hansastr. 23.

Hersteller: Urban & Lemm, Charlottenburg.
Vertreter: J. Duncelmann, Lübeck, Hansastr. 23.

Uhrenreparaturen

50% Ersparnis.
Saub. Arbeit, 1 Jahr schriftliche Garantie.
Hermann Voh, Uhrmach.
Watenigmann 3a,
b. Burator. (12344)

Zierhaare

(bes. Schweinchaare) taufen höchstzahlend
Gebr. Wagner
Telephon 3414 (12248)
Dankwartstraße 26
Postenstraße 8.

Frauen-Haar

kauf u. zahl hohe Preise.
E. Mittelstädt, Friseur,
F. 3716, Adlerstr. (11928)

Ungen Sie Ihre alte Uhr zum billigen Uhrmacher.

(12294) Hundstr. 33.

Für das Kontor einer Druckerei wird für sofort ein tüchtiger junger **Sachkaufmann** gesucht. Offerten mit Gehaltsansprüchen unter C 703 an die Geschäftsstelle dieses Blattes. (12363)

Jetzt Huxstr. 110

Herren-Paletots 6.80
 Herren-Häuser 3.95
 Herren-Schlüpfer 25.00, 15.00, 9.80
 Winterjoppen 9.80
 Lodenjoppen 7.50
 Sammi-Mäntel 21.50
 Herren-Anzüge, gut gearbeitet,
 35.00, 28.00, 19.00
 in gut Maßstoffen 49, 59, 65-115
 in hübschen gemusterten
 Sommerstoffen 35.50

Damen-Covercoat-Mäntel . . 19.00
 Solide Strahlen-Kleider 4.95 u. besser
 Reimwoll-Konfirmantenkleider 9.80
 Starke Arbeitshosen 4.80
 Manchester-, Breches- u. lange
 Hosen 12.50
 Prima Fardens-Gemde . . . 2.95
 " Normal-Gemde 2.75
 Damen-Gemden aus gut. Stoffen 1.95

Arbeitsstiefel, Militär 9.80
 Rindbockstiefel 10.20
 Damen-Halbhuhe, sehr eleg. 7.95
 Kinder-Stiefel, Gr. 20 2.65
 Herren-Anzugstoffe, gute Qualitäten,
 billig.
 Sämtliche Baumwollwaren sehr
 preiswert.
 Gardinen, hübsche Muster, v. 85 Kan

Kaufhaus

Franz Wehrendt

Jetzt Huxstr. 110

Doppelkümme
 Flasche 1.80.
 Tafel-Aquavit
 Flasche 2.00.
 1. Weinbrand V.
 Flasche 2.20.
 1. Jamaica-Rum V.
 40 Proz. Al. 2.50.
 Reiner Weinbrand
 Flasche 3.20.
 Schwedenpunsch
 Flasche 3.20.
 Rum-Glüh-Punsch
 Flasche 0.90.
 heinz., Rot- und
 Südwine
Edelliköre
 große Auswahl zu
 billigen Preisen.

Bitte Schaufenster
 zu beachten!

Ernst Voss
 Fernruf 410.
 Gr. Burgstraße 59.
 (12379)

Reiner Kaffee

1/2 Z 30, 35 u. 40 Pf
 Bananen-Kaffee 1/4 Z 25 Pf
 Schokoladenpulver 1/4 Z 25 Pf
 Webr. Kaffee 1/4 Z 35 Pf
 Gem. Bäckobst 1 Z 50 Pf
 Webr. Pflanzen 1 Z 33 Pf
 Gebr. Birnen 1 Z 30 u. 65 Pf

Blasen-Schmalz

1 Z 80 Pf (12374)
 Mehl 1 Z 15 Pf, 10 Z 1.40 Pf
 Amerik. Mehl 1 Z 18 Pf
 10 Z 1.70 Pf
 Gesch. Spalterben 1 Z 28 Pf
 Grüne Erbsen 24 20 Pf
 Gelbe Erbsen 1 Z 24 u. 19 Pf
 Weisse Bohnen 28 22 Pf
 Sirup 1 Z 30, 40, 45 Pf
 Jamaica-Rum-Verschn. Al. 2 50 Pf

Eduard Speck

Süßstraße 80 84.

Ganz Lübeck erwartet

Sya Mara

In dem Film (12348)

„Daisy“

Achten Sie auf das morgige Inferno!!

Magerkeit



Schöne volle
 Körperformen
 durch unser
 „Neuro“ Präparat
 in 6 bis 8 Wo-
 chen bis 30 Pf
 Zunahme. Ga-
 rant. unschädlich. Ärztlich
 empfohlen. Streng reell
 Viele Dankbriefe
 mit Gebr.-Anm. Nr. 250
Adler-Apotheke.
 Lübeck, Ob. Mengstr. 16
 (12117)

Dänische Schweinsköpfe besond. vollst. Z 48
 Schweinebacken Z 55, Schweinekleinf. Z 45
 Dicketes u. gep. holl. Ochsenfleisch (Ochsen-
 brust) das Beste vom Besten . . . Z 55
 Spezialität: Anheuter, zart u. mild Z 70

B. Kossel, Markthalle Std. 16 u. 34.

In 1/2 Std. vertilgt. **Garantie Kopf-**, Filz- u.
 Siem. **Läuse**, Kleid., Kleid.
 1. Brut (Nist), Wanzen, Nöhe b.
 Meuch. u. Tier. Resolva Wund.
 unich. Vert. nur: Legdienenstr. 4.
 (12860)

**Zentral-
 Theater.**

Fernruf 1359 u. 8956. Johannisstr. 25.

Stierkampf

In Valencia

6 echte Stierkämpfe
 in der großen Arena Valencias. Auf-
 regende Szenen aus den berühmten
 spanischen Stierkämpfen, die jetzt ab-
 geschafft werden sollen.

18 000 Zuschauer

wohnten diesem grandiosen Schauspiel
 bei. — Aufzug der Toreros, Bander-
 tillos, Picaberillos und der Matadore
 Monolette, Bobabas, Pastor, Saferi,
 Copao und Gallo. Letztere erstelsten

6 x 7000 Pesetas

(1 Peseta = 1 M.).

12371) Außerdem:

**2. Das Wirtshaus
 im Spessart.**

Ein schöne. Film aus der Romantik
 des herrlichen Spessart in 7 Akten.

Luisenlust.

Jeden Freitag: **Dr. Tanzkränzchen.**

Arbeiter-**„Frisch auf“**,
 Turnverein **Moising.**

Großer Ball

am Sonntag, dem 24. Februar, im
 Kaffeehaus Moising. 12349
 Eintritt Herren 60 Pf Damen 50 Pf
 Anfang 6 Uhr. Das Festkomtee.

Angelsportverein „Petri Heil“

Wintervergnügen
 Ball und Vorträge
Stadthalle

Sonnabend, den 23. Februar, abends 7 Uhr
 Herrenkarte 1 Mk. Damenkarte 50 Pf.
 Kaffeeöffnung 6 1/2 Uhr (11358)
 Gäfte sind herzl. willkommen. Der Vorstand.

NG Notgemeinschaft
 für Bestattungen
 B. L. e. V. e. V. Lübeck.

Versammlungen

Bezirk Schwartau:
 Freitag, den 22. Febr.,
 abends 7 1/2 Uhr
 Gasthof „Transval“.

Bezirk Travemünde:
 Sonntag, den 24. Febr.
 nachmittags 3 Uhr,
 bei Both, Lortstraße 42.
 (12350) Der Vorstand.

Deutscher Verkehrsband.
 Ortsverwaltung Lübeck
 12326

Versammlung
 der Kraftfahrer
 am Donnerstag, 21. Febr.
 abends 7 1/2 Uhr
 bei Herrn P. Richter,
 Wengstraße.
 Tagesordnung:
 1. Jahresbericht.
 2. Neuwahlen.
 Die Ortsverwaltung.

**Zentral-Verband
 der Maschinisten u.
 Heizer.** (12325)
 Geschäftsstelle Lübeck.

**Außerordentliche
 Mitgliederversammlung**
 am Donnerstag, 21. Febr.
 abends 7 1/2 Uhr
 im Gewerkschaftshaus.
 Tagesordnung:
 u. a. Beitragserhöhung,
 wie Ortsverwaltung.

Café Bernhardt
 Fackenburg Allee 9.
 Täglich nachm. Konzert.
 (12121) u. abds.: **Konzert.**

Hania-Theater.
 Heute Donnerstag
 7 1/2 Uhr: (12372)
 Zum letzten Male
„Dolly“.
 mit Hertha Witt in der
 Titelrolle. Reinhold Wolf
 und Henry Vahl in ihren
 inkomischen Rollen.
 Ab Freitag täglich 7 1/2 Uhr

**Meine Braut —
 Deine Braut.**
 Operette in 3 Akten
 von Zerlett.
 Sonntag nachm. 3 Uhr:
Kindervorstellung
 zu ganz kleinen Preisen
 (Mk. 0.20 — Mk. 1.00)
„Aschenbrödel“.

Stadttheater Lübeck.
 Freitag, 7.30 Uhr:
 Romeo und Julia.
 Sonnabend, 7.30 Uhr:
 Voltstänze (12357)
 Die schöne Helena.
 8 Uhr: 2. Wehn-Abend.
 Sonntag, 11 Uhr:
 Musikschule für Tur-
 nen und Sport.
 7.30 Uhr: Fidelio.
 Entichtung des Abonn-
 abend an der Theater-
 taite.

Bei jeder Wäsche

ist das vorherige Einweichen von
 größtem Wert. Gutes Einweichen
 ist halbes Waschen! Es wirkt
 schmutzlösend und zeitsparend und
 verdirbt sparsamsten Verbrauch
 des Waschmittels.

Henfo

Henke's Wasch- und Bleich-Soda
 ist das seit Jahrzehnten bewährte
 unübertroffene Einweichmittel. Zu
 einem wirtschaftlichen Waschen ist
 es bei jedem Waschverfahren

unerlässlich!

12864

Billiges Lebensmittel-Angebot.
 Margarine Z 1.50, 0.70, 0.60 M. 0.50
 Blasen-Schmalz 0.73
 Speck, ger. 0.80 an
 Kokosbutter 0.60
 Speisefett 0.55
 Bauernbutter 2.00
 Schmalzfabrikat m. Gew. Z 0.72
 Pflaumenmarmelade Z 0.70
 Kunsthonig Pak. 0.43
 12358) Frische Land-Eier.
ALFRED MÜLLER.
 Verkauf nur Holstenstr. 5 pt. hinten.

Wir sind billig!
 Unsere reellen Qualitäten
 sind weit bekannt!

Loden- und Manchester-
 Ausrüstungen. (12352)

Eleg. Herrengarderoben:
 Starke Joppen, fedrig an 7.95, Buchs-
 5.90, Winter 6.50, Manchester-Joppen
 12.75, neureite Joppen 6.95, 8.20,
 Brechesjoppen 6.95, 7.90, Anzüge
 22.— u. besser, Kalesots 22.— und
 besser, Unter, Konfirmantenanzüge
 29.—, 28.—, 27.50, Lodenjoppen
 Knabenanzüge 3.95, blaue Joppen
 3.95, Sammmäntel, weiß, 24.80,
 Güte, Wagen, Berufsbekleidg.

Starke Schuhwaren:
 Herrenstiefel 12.50, 17.50, Damen-
 anzüge 3.45 u. besser, Kinderstiefel
 aus Götzen, Lederstiefel 3.50,
 1.45, 1.50, Gummistiefel 18.—, Leder-
 gamaschen o. Wagt 11.45, Fußschuh,
 Kammlein, Holzpanneler usw.
 Neue Qualitäten.

Eleg. Damenkonfektion:
 Wintermäntel, jahd, Rundermantel
 3.50, 4.—, Elegante Jumper 9.25,
 Purien 5.75, eleg. Sportjachen und
 Kleider für Kinder, Strickjachen 15.—,
 Kleiderstoffe 3.75.

Reelle Auslieferung:
 Schöne Kleiderstoffe 1.25, Schürzen-
 stoffe 1.50, Leinen 2.—, Lique 0.98,
 Jnert 2.95, Streifen 2.50, Gar-
 dinen 1.— per Meter usw.

Ehlers & Reetwisch
 Holstenstr. 1. St. Petri 2 u. 1.

Höchste Preise
 für
 Hasen Kanin
 Reh Ziegen
 Schaf Kalb usw.
Felle
 und
Pferdehaare
 Männen,
 Kuhschweifhaare
 (12118) zahlt
J. L. Würzburg
 Wehmerstraße 72a.

Freitag und Sonnabend
Prima fettes
Fohlenfleisch
u. Rindfleisch
ger. Mettwurst
 Spezialität:
 Koch- und wasser- u. Knackwurst
 nach schlesischer Art u.
 gekochte Zeugen
Fr. Kollmann,
 Reiferstr. 8.

Damenkleiderstoffe
 in großer Auswahl **direkt ab sächs. Fabrik!** Unter
 anderem:
Kostümsstoffe reinew. Gabardine u. Kammg. 60C
 130 brt., dkl., beige, dkgr. 7.76
Kleiderschotten reine Wolle, 105 brt., m 3.50 16C
 halbw. 2.85, Kindersch. p. m 1
Kleiderstoffe reine Wolle, 105 brt., p. m 3.50 22C
 Rockstreifen, 105 brt., 3 50 2 30 2

F. Spethmann, Breite Straße 31
 (im Haus Anold Berg), Etagegeschäft. (12182)

Meine Sonderpreise
 gelten nur bis Sonnabend!

Tafel-Margarine
 Wfd. 48—50 Pf
 la. Allgäuer Umburger
 Wfd. nur 50 Pf
 la. Garzer Wfd. 58 Pf
 Rinderquark in Dosen
 netto 850 Gr. 1.20 M
 Leberwurst in Dosen
 1 Pfd. 48 Pf
 Rotwurst in Dosen
 1 Bro. 48 Pf
 Kunsthonig, Schwartauer
 und Häuer 40 Pf
 4 Tafeln Schokolade,
 a 100 Gr. 1.— M
 schneeweiß. Kristallzucker
 jede Menge Wfd. 39 Pf
 Kaffeebohnen
 Wfd. 2.— M
 Zündhölzer Paket 28 Pf

8 Richte, 8 Stück im Karton 60 Pf
 Seifenpulver 1/2 Wfd. 20 Pf
 la. Delfeife Wfd. 58 Pf
 Kernseife, Doppelriegel 18 Pf
 Gutfoch, gelbe Erbsen
 Wfd. 15 Pf
 la. wß. Bohnen Wfd. 24 Pf
 Bruchreis Wfd. 15 Pf
 Ortes in 1-Pfd.-Pakete 18 Pf
 Haferflocken Wfd. 16 Pf
 Schwed. Patentmehl
 Wfd. 15 Pf
 Diamantmehl Wfd. 20 Pf
 5 Wfd. 95 Pf
 Schmittmehl Wfd. 29 Pf
 Bosn. Pflaum. Wfd. 35 Pf
 Wadbirnen Wfd. 28 Pf

Karl Drefahl
 Johannisstraße 27. (12384)

Visitenkarten
 werden angefertigt bei
Fr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

Das cbm 21 Goldpf., Lichtstrom khw 65, Kraft-
 strom 30, Wasser cbm 15/30, heizbare Räume mit
 Leitung 20, ohne Leitung 10 Goldpf. (12865)

Der Läch
mittag
mit ilu
die Woc
Ein
9
Se

BERLIN, 1. FEBRUAR 1924 / JAHRGANG 1 / NR. 4 / PREIS 25 PF.

LÄCHEN LINKS

DAS REPUBLIKANISCHE WITZBLATT / ERSCHEINT JEDEN FREITAG

Deutsches Prassertum im Ausland

Zeichnung von Karl Holz



„Man muß sein Geld im Ausland verzehren — das Göttergewinsel zu Hause fñhrt!“

ant
des
Es
den
ma
le
en

Mehr als 70000

Sozialisten und Republikaner erwarten allwöchentlich mit größter Spannung die neueste Nummer des republikanischen Witzblattes
»Lachen Links«

Nur Sie noch nicht!

Füllen Sie daher sofort anliegenden Bestellschein aus und geben Sie ihn Ihrem Zeitungsboten oder Boten mit. Alles weitere veranlaßt Ihr Zeitungsverlag oder Ihre Buchhandlung

Unterszeichneter bestellt hiermit durch

die Wochenschrift „LACHEN LINKS“ 12 Seiten stark, mit vielen z. T. farbigen Bildern, zum Preise von 25 Pf., auf ein Vierteljahr. Erfolgt bei Nr. 12, 25, 38 oder 51 keine Abbestellung, so gilt das Abonnement weiter für das nächste Vierteljahr.

(Vor- und Zuname)

(Ort)

(Straße und Hausnummer)

Als Drucksache im Kuvert (5 Pfennig Porto)

oder der Zeitungsausträgerin mitgeben!

gute für Sur-
Sport.
Fidelio.
des Abonn.
für den Behn-
der Theater.

sw 65, Straße
Räume mit
g. (12865